

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 44 — 2. Jahrgang Saarbrücken, Donnerstag, den 22. Februar 1934 Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Deutsche Arbeiter rühen sich	Seite 2
Oesterreichs aufgelöste Organisationen	Seite 3
Der Kirchenstreit	Seite 5
Sozialistische Programmdebatte (S. Aufhäuser und Heinrich Mann)	Seite 7

Grenztruppen mobil

Nazis und Heimwehren mobilisieren an der deutsch-österreichischen Grenze

Wien, 21. Febr. (Zupress). Die Formationen der aus Oesterreich nach Deutschland geflüchteten Nazis haben sich an der bayerisch-österreichischen Grenze konzentriert. Die Legion ist mehrere tausend Mann stark und gut bewaffnet. Sie hält täglich militärische Übungen ab.

Innsbruck, 20. Febr. (Zupress). Die Tiroler Sektionen der Heimwehren, durch Polizei und Zollbeamte verstärkt, sind in der letzten Nacht an der deutsch-österreichischen Grenze zusammengezogen und in Alarmzustand versetzt worden. Patrouillen durchstreifen das Gelände,

Bis zum 28. Februar!

Habichts Ultimatum

Wien, 21. Febr. Am Montagabend hat der deutsche Reichstagsabgeordnete Habicht, Führer der österreichischen Nationalsozialisten vom Reich her, im Rundfunk an die österreichische Regierung ein Ultimatum gestellt. Er hat u. a. gesagt, es werde bis zum 28. Februar, mittags 12 Uhr, von den Nationalsozialisten ein Waffenstillstand gehalten werden. Bis dahin möge die Regierung ihre Friedensbedingungen nennen. Gelingt das nicht oder seien die Bedingungen unbefriedigend, so werde zu der angegebenen Stunde ein rücksichtsloser Kampf gegen die österreichische Regierung einsetzten. Die österreichische Regierung läßt darauf erklären, daß sie diese Rundfunkrede ignorieren werde. Sie kümmere sich nicht darum, was im Rindfunk gesagt wird, und sie sieht fernher auf dem Standpunkt, daß der deutsche Reichstagsabgeordnete Habicht in keiner Weise legitimiert erscheint, Oesterreich irgendwelche Bedingungen zu stellen.

Der Heimwehrführer Starhemberg hat sich gegenüber einem Sonderberichterstatter des Pariser „Journal“ und der Chefkanzler Feyn gegenüber dem Berichterstatter des Budapesters „Nagendblanc“ über den Nationalsozialismus geäußert. Beide erklärten etwa, daß sich der Standpunkt der Regierung gegenüber dem Nationalsozialismus nicht geändert habe. Man werde gern mit den Nationalsozialisten sich verständigen in der gemeinsamen Ablehnung des Marxismus und der Demokratie, aber die Nationalsozialisten müßten gewisse Grundansichten des Heimatlandes unbedingt anerkennen. So gebe es beim Heimatland keinen Kriegsparagrafen, auch die Rassenfrage sei bisher nicht aufgetaucht. Wenn er die christliche Gesellschaft und die christliche Kultur betone, so verleihe der Heimatland darunter in erster Linie die Nächstenliebe, das friedliche Zusammenleben und vor allem die Vaterlandsliebe zu einem unabhängigen Oesterreich.

Es gehen übrigens Gerüchte um, daß Bundespräsident Willas zurückzutreten beabsichtigt.

„Sich überstürzende Ereignisse“

Der bedrängte Dollfuß

PARIS, 21. Febr. Die Pariser Presse beschäftigt sich noch weiterhin eingehend mit der Lage in Oesterreich, die

nach hiesiger Auffassung durch die letzten Erklärungen Habichts ganz besonders erschwert werde.

Der Außenpolitiker des „Excelsior“ schreibt, daß man in Paris, Rom und London der Auffassung sei, daß Dollfuß nunmehr alsbald seinen angefügten Schritt beim Völkerbundstat unternehmen werde. Es bleibe allerdings noch die Frage, ob die sich überstürzenden Ereignisse in Mitteleuropa dem Völkerbund überhaupt die Zeit ließen, die vom österreichischen Bundeskanzler vorbereiteten Akten zu prüfen. Der Meinungsaustausch zwischen den Regierungen von Rom, Paris und London werde jedenfalls fortgesetzt, und besonders zwischen Rom und Paris scheine sich die Zusammenarbeit recht eng zu gestalten.

Auch der „Figaro“ ist der Ansicht, daß man die Zeit nicht mehr mit leeren Worten vergeuden dürfe. Die letzte Erklärung der drei Großmächte habe in Deutschland überhaupt keinen Eindruck gemacht und Hitler rechne auf den üblichen Zwiespalt zwischen Frankreich, England und Italien. Er weiß, daß besonders England möglicherweise überhaupt nicht eingreifen werde, und daß Italien über die Neuorganisation Mitteleuropas nicht die gleiche Auffassung habe wie die kleine Entente. Alle Fehler müßten jedoch bezahlt werden. Die Unabhängigkeit Oesterreichs, die man vor einiger Zeit noch auf diplomatischem Wege hätte sichern können, werde in Zukunft vielleicht durch Waffengewalt gesichert werden müssen.

Die radikal-sozialistische „Re Nouvelle“ erklärt, daß sich der aufmerksame Beobachter bisher immer habe fragen müssen, ob zwischen Berlin und Rom nicht ein Uebereinkommen bestehe. Zahlreiche Ereignisse in den letzten Jahren begründeten diese Frage. Man habe zu oft erlebt, daß Rom den Interessen Berlins Vorschub leistete und umgekehrt. Wieder hätten beide Länder aus dieser Politik Nutzen gezogen, jetzt sei es aber so weit, daß der Apfel der Zwietracht zwischen beide Reisende gefallen sei, und beide bemühten sich, ihn aufzuheben.

Das „Petit Journal“ wirft die Frage auf, ob Dollfuß nicht einen großen Fehler begangen habe, als er den Heimwehren vor Tag zu Tag mehr Zugeständnisse machte. Die Geschichte der Männer bestehe aus solchen Fehltritten, die sie über kurz oder lang von der Staatsführung ausschließen. Es sei nicht unmöglich, daß Dollfuß bald von der politischen Bildfläche verschwinde, denn Herr Starhemberg und Feyn würden sich sicher bemühen, allen Nutzen aus ihrem persönlichen Erfolg zu ziehen. An Unterstützung für sie mangle es nicht, denn Mussolini werde die Heimwehren nicht fallen lassen.

Bilderstürmer

Schändung eines republikanischen Denkmals

Wien, 21. Februar. Die schon seit einigen Tagen mit Tüchern verhüllten Büsten der drei Sozialistenführer Adler, Hanusch und Reumann wurden auf Anordnung der Behörden vom Denkmal der Republik entfernt und in das Rathaus gebracht. Auf den drei leeren Sockeln wurden in den frühen Morgenstunden die Büsten von Dollfuß, Feyn und Starhemberg aufgestellt. Das Denkmal, das in den Parkanlagen nahe dem Parlamentsgebäude steht, ist mit Fahnen geschmückt worden, die in den österreichischen Landesfarben und in den Heimwehrfarben gehalten sind.

Paris über Berlin

Paris, 21. Febr. Die Pariser Morgenpresse befaßt sich nur vereinzelt mit dem Besuch des englischen Staatssekretärs im Foreign Office Eden. Die Blätter beschränken sich im wesentlichen auf die Wiedergabe der amtlichen Verlautbarungen, die die Wilhelmstraße im Anschluß an die Aussprache von Dienstag veröffentlicht hat. Der Sonderberichterstatter des „Journal“ betont, es liege klar auf der Hand, daß die Reichsregierung großen Wert auf eine deutsch-englische Verständigung lege, ohne sich überhaupt weiter um

Fortsetzung siehe 2. Seite

Der Lügen-Kanzler

Göring überführt Hitler des Schwindels

Ward Price, ein Vertreter der „Daily Mail“, hat die drei berüchtigten Führer der deutschen Nationalsozialisten interviewt: Hitler, Goebbels und Göring. Zwei davon, Hitler und Goebbels, haben den Engländer nach Kräften angelogen. Göring hat einmal die Wahrheit gesagt: er hat weder die Aufrüstung Deutschlands noch seine Barbarei auf dem Gebiete des Rechts geleugnet. Die militärischen Äußerungen des Generals Göring behandeln wir an anderer Stelle. Hier sei nur erwähnt, wie er im Falle Dimitroff den deutschen Reichskanzler, seinen intimsten Feind, vor der ganzen Welt als einen lügenhaften und einflußlosen Schwächer entlarvte.

Der Reichskanzler hat am 17. Februar auf die Frage des Berichterstatters: „Ist es Ihre Absicht, daß Dimitroff, Popoff und Taness freigelassen werden sollen?“ geantwortet: „Das Gericht hat gesprochen, der Spruch wird erfüllt.“ „Glauben Sie,“ so fragt der Korrespondent weiter, „daß diese Leute freigelassen und außerhalb der deutschen Grenzen gebracht werden?“ Hitler hat geantwortet: „Das werden sie sicherlich.“ Obgleich er glaube, habe Hitler gesagt, daß ihre Freisprechung nicht der Meinung des Volkes entspreche, werde der Spruch des Gerichts erfüllt werden.

Göring hat auf dieselben Fragen dem englischen Journalisten erklärt: „Dimitroff hat vielleicht den Reichstag nicht in Brand gesetzt. Aber er hat sein Bestes getan, um das deutsche Volk zu entflammen. Er war der tätigste bolschewistische Agent in Deutschland. Ich habe ihm im Gerichtshof gesagt, daß er den Galgen verdiene, sei es auch nur wegen seiner verbrecherischen und anrüchlichen Tätigkeit in Deutschland vor dem Reichstagsbrand. Das ist noch immer meine private Ansicht. Wenn seine Seite gewonnen hätte, dann würde sie uns ohne Gnade aufgeschlüsselt haben. Ich sehe keinen Grund, warum wir nachsichtiger sein sollen. Jetzt ist er sicher hinter Schloß und Riegel. Er wird dort auf jeden Fall vorläufig bleiben. Dort ist er am besten aufgehoben. Ein solcher Mann ist zu gefährlich, als daß man ihn auf die Gesellschaft loslassen könnte.“

Das heißt: JGH, der Preussische Ministerpräsident, pleite auf die Lügen des Reichskanzlers, dessen Schwägerlein mit gar nichts angehen. Ich habe vor dem Reichsgericht diesem Dimitroff den Tod geschworen. Mein Wort will ich erfüllen und zu diesem Zwecke bleibt Dimitroff einweilen im Kerker.“

Dimitroff und seine beiden bulgarischen Mitangeklagten im Leipziger Prozeß sind seit einigen Tagen russische Bürger. Es wird Zeit, daß sich die Sowjetregierung recht kräftig rührt, wenn Dimitroff noch gerettet werden soll, denn schon ist sein Gesundheitszustand so schwer erschüttert, daß Gefahr für sein Leben besteht.

Pariser Arzt für Dimitroff

(Zupress). Die Internationale Juristische Vereinigung, unterstützt vom Komitee für die Befreiung von Dimitroff, Thalmann, Torgler, Popoff und Taness, sowie von dem Internationalen Untersuchungsanschuß zur Aufklärung des Terrors in Hitlerdeutschland, entsendet den Pariser Arzt und Internisten Dr. Cord nach Berlin. Dr. Cord soll sowohl die immer noch in Haft gehaltenen Bulgaren als auch Ernst Thalmann ärztlich untersuchen und dem gesamten interessierten Ausland über ihren Gesundheitszustand und die hygienischen und sonstigen Bedingungen ihrer Haft Bericht erstatten.

Gibt es eine Rassenfrage?

Von Senator Henry Beranger, französischem Völkerbundsdelegierten, ehemaligen Botschafters, Präsidenten des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Vorsitzenden des französischen Komitees für Flüchtlingshilfe. (Aus einem Gespräch)

Von den 80 000 aus Deutschland geflüchteten Juden hat Frankreich nahezu die Hälfte aufgenommen: 35 000 genau. Wir haben ihnen das Asylrecht gewährt, das allen Völkern immer heilig war, ebenso wie der katholischen Kirche, die ihre Kathedralen im Mittelalter sogar Uebelthätern offen hielt, um ihnen eine Zeit zur Einkehr zu lassen, ehe sie doch die weltliche Gerechtigkeit erreichte. Wenn Frankreich ebensoviel Bedrohte und Verfolgte aufnehmen wie die ganze übrige Welt, trotz aller Risiken und Gefahren, die das in einer wirtschaftlich erschütterten Zeit birgt, und wenn es dies mit Stolz tat, so handelte es nur nach den Prinzipien der Menschlichkeit und Toleranz, auf denen es geistig beruht.

Ich wollte mich als Vorsitzender des Flüchtlingskomitees in objektiver Weise über die Judenfrage in Deutschland

Edens Arbeit in Berlin

„Nicht ungünstiger Verlauf?“

London, 21. Febr. Die Besprechungen, die zwischen dem englischen Abrüstungsdelegierten Lordliegendwahrer Eden und dem deutschen Reichskanzler im Beisein des Reichsaußenministers und des Reichswehrministers stattfanden, werden hier mit einigen Hoffnungen verfolgt. Die Besprechungen sollen einen nicht ungünstigen Verlauf nehmen. In der Umgebung Edens wird ein gemäßigter Optimismus zur Schau getragen.

Man empfindet hier sehr stark die weltliche Verfeinerung der französischen Politik in der Abrüstungsfrage und die Festigkeit der neuen französischen Regierung. Man glaubt, daß es notwendig ist, den französischen Sicherheitsforderungen wieder mehr entgegenzukommen, wenn die internationalen Abrüstungsverträge nicht erfolglos bleiben sollen.

orientieren. Ich las „Mein Kampf“ und das aus dem Jahre 1932 stammende Buch „Rasi-Sozi“ des heutigen Propagandaministers Göbbels, worin ich den Satz fand: „Man muß die Juden töten wie die Flöhe“, aber nichts, was mir den Judenhaß begründet oder begründlich gemacht hätte.

Ich benützte die Anwesenheit des Ministers Göbbels in Genf, um mir bei ihm in einer inoffiziellen Zusammenkunft Aufklärungen zu holen. Ich fragte ihn, was man in Deutschland den Juden vorzuwerfen habe. „Sie sind keine Arier“, bekam ich zur Antwort. Dann erklärte mir der Minister, daß sie einen zu breiten Raum im öffentlichen Leben einnehmen und daß dieser Zustand schleunigst geändert werden müßte. Also Vorwürfe gegen das Blut und die Zahl. Aber keine etwas Wesentliche betreffende Anklage. Auch keine Einwände wegen schlechter Sitte, staatsfeindlicher Tätigkeit, nichts, was die Verfolgungen auch nur im geringsten hätte rechtfertigen können. Jeder weiß, daß die deutschen Juden gute deutsche Patrioten waren und während des Weltkrieges im Verhältnis zu ihrer Gesamtzahl ebenso zahlreich gefallen sind wie die andern. Herr Göbbels zitierte mir daraufhin Statistiken. „40 bis 70 Prozent der liberalen Berufe seien von Juden besetzt worden“. Ich machte zuerst einen Einwand gegen die zweifelhafte Statistik und fragte dann, ob man auch die gleichen Unterscheidungen für die Sachsen, Württemberger und Schlesier mache. Ich verhehlte aber auch meine Meinung nicht, daß solche Statistiken, die ein Volk gegen die Angehörigen seiner eigenen Nation aufstellt, schlechten Eindruck im Ausland machen. Herr Göbbels fuhr fort: „Die Württemberger sind Arier. Die Juden aber keine. Sie sind sogar „Nicht-Arier“ und deshalb haben wir sie Ausnahmegesetzen unterstellt.“ Als ich diesen Satz gelegentlich eines Vortrages im Theatre des Ambassadeurs in Paris zitierte, brach das Publikum in ein lautes Gelächter aus.

Also sie sind keine Arier! Was ist aber ein Arier? Ist er groß, blond, blauäugig und von rosafarbenem Teint? Ist ein Richter dunkeläugig, schwarzhaarig, klein und von dunkler Haut? Ich möchte zwei Anekdoten erzählen.

Ein Freund von mir, Professor der Kirchengeschichte an der Pariser Universität, fuhr zu einem Kongreß nach Marseille. In einem Kupon befand sich eine große und sehr schöne Frau mit blonden Haaren, blauen Augen und allen sonstigen Attributen, die sie als eine Verkörperung des nordischen Venusideals erscheinen ließen. Der Professor kam mit der Dame ins Gespräch. „Sie fahren nach Rizza?“ fragte er. „Nein, nach Palästina. Ich mußte Deutschland verlassen und das zionistische Komitee hat mir eine Anstellung in Caiffa verschafft.“ „Und ich habe niemals eine vollendetere Walthalla-Idealgestalt gesehen“, meinte mein Freund.

Das zweite Erlebnis ist mir selbst widerfahren. Im Hotel Simplon in Genf sprach ich mit dem deutschen Hitlerdelegierten, dem Hohepriester der arischen Rassenlehre. Was sah ich: einen kleinen, schwächlichen Mann, mit dunkler, matter Haut, gekräuseltem Haar, die einschmeichelnden Gesten des Orientalen, dunkle „Beilours“-Augen, eine Verkörperung aus den Geschichten der Scharade und nicht des Ribelungeliefs.

Also was ist ein Arier? Die Deutschen sagten mir: Lesen Sie Ihren Landsmann, den Grafen Gobineau! Es fällt uns Franzosen schwer, diesen Mann zu lesen, wie wohl er französisch geschrieben hat, aber ein Französisch, das uns mitunter unverständlich ist, als eine fremde Sprache. Ich nahm also Gobineau her, diesen Propheten, der Prophet in einem anderen Land wurde, weil man ihm dazu in seinem eigenen keine Gelegenheit gab. Ich erfuhr also bei Gobineau, daß die menschlichen Rassen ungleich seien. Den ersten Platz nehmen die Arier ein. Sie sind groß, blond, blauäugig, usw. Die reinsten unter den Ariern sind aber die Germanen. Sie sind darum die auserwählte Rasse. Jetzt hatte ich zwar keine wissenschaftliche Begründung, aber immerhin die Gefühlsfaser der deutschen Rassenlehre gefunden. Ich glaubte es zumindest. Ich las aber weiter. Im Kapitel V des 4. Buches über die „Ungleichheit der Rassen“ las ich etwas, wobei sich mir die Haare sträubten: die Deutschen seien gar keine Germanen, denn die germanischen Ureinwohner sind von den Hunnen, Teutonen und Kelten vertrieben worden. Man findet die reinen Germanen demnach nur in Schottland und Skandinavien. Was die Deutschen anlangt, seien sie ein „ausgesprochenes Negidenvolk“. Ich fand jetzt die Lektüre sehr aufregend und fuhr fort. Zum Schluß fand ich die Behauptung, daß sich heute das arische Blut am reinsten bei den Semiten erhalten hat — weil sie die unvermischteste weiße Rasse sind!

In Deutschland verachtet man aber nicht nur die Nicht-ariar, sondern auch die Angehörigen der lateinischen Rasse. Mussolini erhob bei dieser Gelegenheit sein Wort und ließ unmißverständlich wissen, daß er aus selbstverliebener Rassenaristokratie keinen Anspruch auf Weltbeherrschung zulassen könne. Er erklärte wörtlich: daß er keine Rasse kenne, die der lateinischen Mittelmeertrasse überlegen sei, daß sie die Mutter der modernen Zivilisation darstelle, daß sie der Welt einen Julius Cäsar, Dante, Michel-Angelo und Napoleon geschenkt habe und sich vor keiner anderen Rasse selbst zu erniedrigen gedanke.

Und unter Rasse verstand hier Mussolini nicht etwas Ethnisches, sondern vielmehr Rationalität oder Zivilisationsstap, so wie er sich aus einer langen, wechselvollen geschichtlichen Entwicklung herauskristallisiert.

In Frankreich stand die Rassenfrage niemals im Vordergrund. Als 1791 die Nationalversammlung die Emanzipation der Juden verkündete, dachte sie, daß die Menschen nach ihren moralischen und intellektuellen Verdiensten gemessen werden soll und nicht nach ihrem Blut. Ernest Renan schrieb dieses Kapitel unserer Geschichte. Er sagt: „Das größte Werk des 18. Jahrhunderts war es, alle Ghettos eingerissen zu haben. Die jüdische Rasse hat der Welt die größten Dienste erwiesen. Den verschiedenen Nationalitäten assimiliert, in Harmonie mit den nationalen Einheiten lebend, wird sie in der Zukunft das vollbringen, was sie schon in der Vergangenheit vollbracht hat. Durch seine Zusammenarbeit mit allen freiheitlichen Kräften Europas wird sie zum Fortschritt der Menschheit in gewaltigem Maße beitragen.“

Seien mir bescheiden. Und erbauen wir uns nicht das Vaterland auf dem Rassenbegriff. Ich kenne nur eine Rasse: die der Menschen, die von Geburt alle gleich sind und sich nur durch ihr Talent und ihre Verdienste unterscheiden.

Fortsetzung von Seite 1.

Frankreich zu kümmern. In politischen Kreisen Berlins sei man überzeugt, daß jede weitere unmittelbare Aussprache mit Frankreich unnützer Zeitverlust bedeuten würde. Von einigen Abänderungen abgesehen, werde man deshalb versuchen, die letzten englischen Vorschläge für Deutschland annehmbar zu gestalten. Der Berichterstatter des „Matin“ will den Eindruck gewonnen haben, daß man deutscherseits alles versuchen werde, die jetzt begonnenen Verhandlungen nicht erfolglos abzubrechen. Der Korrespondent des „Petit Parisien“ ist der gleichen Auffassung und fügt ergänzend hinzu, daß man in amtlichen deutschen Kreisen möglicherweise sogar bereit sei, neue Zugeständnisse zu machen, um sich dem englischen Standpunkt zu nähern.

Frankreich bleibt fest

SA. und SS. sind Militär

London, 20. Februar.

Zu dem vorläufigen Bericht des Großsegelebewahrers Eden über seine Pariser Besprechungen meldet der diplomatische Korrespondent der „Morning Post“, daß sich darin keinerlei Fortschritte zeigten. Frankreich halte nach wie vor daran fest, daß

1. die sogenannten Sturmtruppen als Soldaten betrachtet werden müßten,
2. Deutschland so lange nicht die gleichen Waffen wie andere Mächte besitze dürfe, als die Sturmtruppen nicht von der neuen deutschen kurzfristig dienenden Armee abfordert worden seien,
3. Deutschland gegen die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages verstößen habe.

Im übrigen bestätigt der Korrespondent, daß die Sicherheitsfrage den Kernpunkt der Besprechungen gebildet habe

Deutsche Arbeiter rühren sich

Druck auf die Treuhänder erzwingt Aufrechterhaltung der Tariflöhne

Aus den folgenden amtlichen Meldungen ist deutlich die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiter mit den Lohnverhältnissen zu erkennen. Die Preise steigen, die Abzüge wachsen, und die Löhne bleiben stabil, ja die Unternehmer wollen die Löhne sogar senken. Zu diesen Schwierigkeiten nehmen zwei „Treuhänder der Arbeit“ Stellung:

Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Brandenburg, Johannes Engel, teilt mit:

„Aus zahlreichen Meldungen ersehe ich, daß allgemein bei den Belegschaften und auch den Werkleitungen die Besorgnis besteht, nach dem 1. Mai keine stabilen Lohn- und Gehaltsgrundlagen mehr zu haben. Viele Werkangehörige befürchten, daß die Löhne und Gehälter willkürlich gesenkt werden könnten. Nach Mitteilungen sollen sich auch Werkleitungen gegenüber den Betriebsvereinigungen in dieser Richtung geäußert haben. Dadurch ist Unruhe in die Wirtschaft gebracht worden.“

Um all diesen Absichten und all dem Gerede wirksam entgegenzutreten, gebe ich bekannt, daß die mit dem 30. April ablaufenden Tarifverträge ab 1. Mai als Tarifordnung gelten. Die auf Grund der alten Tarife oder Tarifvereinbarungen gezahlten Löhne, Gehälter und Deputats gelten ab 1. Mai als Grundrichtung, d. h. als Mindestgrenze. Darüber hinaus kann entlohnt werden. Eine Unterschreitung

Gewaltige Schneestürme in Nordamerika

Zahlreiche Todesopfer

Newport, 21. Febr. Derurchbare Schneesturm, der in den Neuenlandstaaten herrscht, hat dazu geführt, daß in Boston die Vollstreckung von drei Todesurteilen um mehrere Stunden verschoben werden mußte. Der Hänger war durch den Schnee aufgeschaltet worden. Der Gouverneur des Gefängnisses, in dem die Verurteilten auf ihre letzte Stunde warteten, sah sich daher genötigt, die Hinrichtung auszuschieben.

Seit Montagabend ist nicht ein einziger Eisenbahnzug aus Boston in Newport eingetroffen, und viele Ägale liegen unterwegs fest. Auf hoher See sind viele Schiffe in Schwierigkeiten geraten. Der Fischdampfer Georgetown treibt bei schwerer See mit betriebsunfähig gewordenen Maschinen 300 Kilometer von Boston. In Newport herrscht völliges Chaos. Ein harter Nordostwind brachte den Schnee zum Bestehen und machte Straßen und Wege kaum passierbar. In Philadelphia entgleiten 30 Straßenbahnwagen. Vier Kraftwagenunfälle mit Todesfolge waren die Folge der verschneiten und vereisten Straßen.

Das Neueste

Generaldirektor Prof. Dr. Hans Friedrich Bontje, der vor kurzem auf Veranlassung der babilischen Geheimen Staatspolizei in Schanghai genommen worden war — und zwar unter der Beschuldigung von Steuerhinterziehung — und von Bergesen gegen die Drogenbeschaffung — ist im Heidelberger Amtgefängnis an einem Schlaganfall gestorben.

Der Polizeipräsident von Wien hat mit Wirkung vom heutigen Mittwoch 7 Uhr früh das Standrecht für Wien aufgehoben. Gleichzeitig werden damit alle mit dem Standrecht zusammenhängenden Anordnungen, wie Verbot von Versammlungen und Umzügen, Schließung von Gasthöfen und Wohnhäusern aufgehoben. Mit dem heutigen Tage ist somit das Standrecht für sämtliche Bundesländer gefallen.

Die britische Regierung erhält eine französische Note, in der neue Verhandlungen über einen französisch-englischen Handelsvertrag vorgeschlagen werden.

Die Renteur aus Savanna meldet, ist in Kubo ein neuer Aufstand ausgebrochen, der sich mit großer Schnelligkeit in einem Teil des Meeres ausbreiten soll.

und daß Eden dabei bemüht gewesen sei, Frankreich zu überzeugen, daß das in der englischen Denkschrift niedergelegte Versprechen einer „Konsultierung“ eine ausreichende Garantie für Frankreich bilde.

Gegen Privatarmeen

Uniformverbot in England?

London, 21. Febr. Der Parlamentskorrespondent der „Times“ schreibt: Die Unterhausdeklaration des Innenministers Sir John Gilmour, die sich mit der Frage des Tragens von Uniformen durch Mitglieder politischer Parteien beschäftigt, erregt große Aufmerksamkeit. Das Kabinett hat noch keine Entscheidung über die Frage getroffen, aber es ist bekannt, daß die Minister einhellig der Meinung sind, daß die Bildung privater Armeen in England nicht geduldet werden dürfe. Man nimmt an, daß eine Aenderung des bestehenden Gesetzes sich auf jede Art privater Armeen beziehen müßte ohne Rücksicht darauf, ob sie Hemden von bestimmter Farbe oder Kofarden oder sonstige Abzeichen trägt und ob sie bewaffnet oder unbewaffnet ist.

Die Parlamentenmitglieder stehen bereits erheblich unter dem Eindruck der zunehmenden Zahl von Zwischenfällen infolge des Tragens politischer Uniformen. Sollte es anlässlich der Ankunft der „Hungermarshaler“, die Ende der Woche in London erwartet werden, zu Zusammenstößen zwischen Faschisten und Kommunisten kommen, wird vermutlich das sofortige Eingreifen der Regierung verlangt werden.

„Times“ über Eden

DNB London, 21. Febr. „Times“ läßt sich von ihrem Berliner Berichterstatter melden, Eden habe zwar beabsichtigt, am Donnerstag nach London abzureisen, das sei jedoch noch nicht endgültig entschieden. Der geistige Tag hatte offenbar den Eindruck hinterlassen, daß Edens Besuch die Mühe gelohnt hätte, was sich auch im einzelnen daraus ergeben sollte. Falls der leidlich gute Anfang zu einer Aussicht auf einen Fortschritt in der Rüstungsfrage führe, werde Edens Berliner Aufenthalt vielleicht verlängert werden.

der Grenze ohne die Zustimmung des Treuhänders der Arbeit ist in keinem Fall gestattet.“

In einem Rundschreiben des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Niedersachsen an die Kammer seines Wirtschaftsbezirks erklärt der Treuhänder zur Frage der Tarifengestaltung ab 1. Mai u. a.:

In den Fällen, in denen ich die Fortdauer bisheriger Tarifverträge nicht anordne, werden die Verhältnisse der in Frage kommenden größeren Betriebe in Zukunft lediglich durch die Betriebsordnung geregelt. Ich mache schon heute darauf aufmerksam, daß die Aufhebung der Tarifverträge nicht die Aufhebung des bisherigen Lohnniveaus bedeutet. In allen Fällen, in welchen Betriebsordnungen festgesetzt werden, die eine Aenderung der Arbeitsbedingungen, insbesondere der Löhne und Gehälter, zum Gunsten der Arbeitnehmer enthalten, werde ich diese Betriebsordnungen rückwirkend wieder aufheben.“

Drohung an Bäckermeister

In dem städtischen Bezirksamt Rodenhansen hatten die Bäcker eines Ortes eine Erhöhung des Preises des sechs Pfund-Brottes um zehn Pfennig beschlossen. Gauleiter Bärkel hat daraufhin angeordnet, daß alle beteiligten Bäcker, falls sie nicht sofort wieder den ursprünglichen Preis festlegen, in Haft zu nehmen seien.

Newport, 21. Febr. Die plötzliche Wiederkehr winterlichen Wetters, die den nördlichen Staaten der Union Schneefälle in noch nicht dagewesenem Ausmaß brachte, hat nicht nur den gesamten Verkehr lahmgelegt, sondern auch zahlreiche Verluste an Menschenleben in Besorge gehabt. So verbrannten in einem Hospital in Brockville (Ontario) zehn bettlägerige Kranke, da es der Feuerwehr unmöglich war, bei dem tobenden Schneesturm an das Gebäude heranzukommen. Außerdem werden an vielen anderen Orten zahlreiche Todesfälle durch Erfrieren gemeldet.

In dem Staat Connecticut und auf Long Island erreichten die Schneeverwehungen teilweise eine Höhe von über 3 Metern, so daß jeder Kraftwagenverkehr unmöglich wurde. Der Eisenbahnverkehr zwischen Boston und Newport mußte eingestellt werden.

In Newport wurden 3500 Mann zum Schneeräumen eingesetzt. Man schätzt die Kosten, die der Stadt Newport durch den Schneefall entstehen, auf etwa zwei Millionen Dollar. Man rechnet mit einem scharfen Temperaturrückgang, obwohl die Wetterberichte ursprünglich für Mittwoch wärmeres Wetter vorausgesagt hatten.

Die französische radikalsozialistische Kammerfraktion hat sich gegen die Auflösung der Kammer ausgesprochen. In der französischen Kammer wurde ein Gesetzesvorschlag zur Aenderung des Wahlgesetzes eingebracht.

Leon Blum kündigt in seinem Organ, dem „Populaire“, an, daß die Leitung der Partei und des Blattes beschlossen haben, in den nächsten Tagen eine Sondernummer über die Ereignisse vom 6. und 7. Februar zu veröffentlichen. In dieser Sondernummer würden die Zusammenhänge und Hintergründe genau behandelt werden, noch ehe der Untersuchungsausschuß seine Arbeiten beendet haben werde.

Gegen den ehemaligen Generalsekretär und den ehemaligen Verwalter der „France Mutualiste“, einen Finanzunternehmer, das kürzlich mit einem Defizit von 24 Millionen Francen zusammengebrochen ist, hat der Pariser Untersuchungsrichter Klage wegen Betruges, Verschwendung und Unterschlagung erhoben. Die France Mutualiste hat ebenfalls für etwa 7,5 Millionen Francen Vanoover Bonds gekauft. Dem Generalsekretär Beck wird vorgeworfen, ohne Erlaubnis über die Gelder des Finanzunternehmens veräußert und z. B. einem ebenfalls von ihm geleiteten, später aber Bankrott gegangenen Unternehmen 11 Millionen Francen geborgt zu haben. Der ehemalige Verwalter Lohjeais soll der France Mutualiste gehörige Gelder einfach unterschlagen haben.

Göring fordert Luftaufrüstung

Offenherzigkeiten des General-Ministerpräsidenten

London, den 21. Februar 1934.

Hermann Göring, einer der gefährlichsten und revanchelüfternsten Minister des „dritten Reiches“, hatte ein Interview mit dem Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ gehabt. Dieses Interview ist deshalb so interessant, weil Göring selbst alles das bestätigt, was über die wahren Absichten der Machthaber in Hitlerdeutschland behauptet worden ist.

Was hat Göring erklärt? Deutschland muß eine defensive Luftflotte haben. Natürlich nur zur Stärkung des Friedens. Deutschland muß Flugzeugabwehrgeschütze haben.

Der Journalist: Welche und wieviel Flugzeuge beanspruchen Sie?

Göring: Deutschland grenzt an Frankreich, Belgien, Polen und an die Tschechoslowakei. Ich muß zwischen 30 und 40 Prozent der gesamten Flugzeugstärke dieser Länder haben. Die defensive Luftstreitmacht, die ich gebrauche, muß natürlich aus Kampfflugzeugen bestehen.

Der Journalist: Wie steht es denn mit den Überstunden der Opelwerke, um Flugzeugmotoren herzustellen?

Göring: Das ist heute nicht mehr richtig, die Opelwerke haben inzwischen die Herstellung solcher Motoren eingestellt.

Göring gibt also ohne weiteres die deutsche Produktion dieser Flugzeugmotoren zu und behauptet lediglich dem Journalisten gegenüber, daß diese Produktion eingestellt sei. Solche Behauptungen sind ebenso billig wie unwahr, da nach den neuesten Feststellungen die deutsche Rüstungsindustrie mit größerem Nachdruck denn je arbeitet.

Göring erklärte in diesem Interview, daß die neuen in Deutschland gebauten Flugmaschinen zwar ganz erstklassig seien, aber nur dem friedlichen Passagierverkehr dienen. Das erklärte Hermann Göring, obwohl es ein offenes Geheimnis ist, daß heute schon die gesamten deutschen modernen Flugmaschinen sofort auf den Krieggebrauch umgestellt werden können.

Auf die Frage, ob nicht die Reserve an ausgebildeten Flugzeugführern sehr groß sei, erwiderte General Göring: Wir haben getan, was uns möglich war, um die Aufmerksamkeit der deutschen Jugend auf die Wichtigkeit der Luftfahrt zu lenken. Alle Länder können ihre Piloten in ihren Luftstreitkräften ausbilden. Wir können dies nur durch Sport tun. Unsere jungen Männer haben den Gleitflug mit Begeisterung aufgenommen und die besten Leistungen der Welt dabei erzielt. Im Fliegen im Rebell haben unsere Flugzeugführer ebenfalls nicht ihresgleichen und wir haben die beste Organisation auf der festen Erde,

soweit Wetterberichte, wissenschaftliche Apparate usw. in Betracht kommen. Aber die Tatsache, daß wir keine Luftstreitmacht haben, beraubt uns vieler Vorteile bei der Entwicklung der deutschen Luftfahrt.

Kurzum, Hermann Göring gab schließlich zu bzw. in seiner ruhmselfigen Art plauderte er aus, daß tatsächlich die Reserve an ausgebildeten deutschen Flugzeugführern außerordentlich groß ist.

Nachdem Hermann Göring dann einige wohlfeile Friedensphrasen von sich gegeben hatte, stellte er fest, daß der Frieden in Europa nur durch den Faschismus (!) gesichert werden könne. Er erklärte, daß die Herrschaft demokratischer Parteien in Europa den Weltfrieden untergraben müßten. Höher gehts nimmer. Schließlich stellte Herr Göring fest: „Ich sage mit allem Nachdruck, daß die europäische Solidarität außerhalb des Völkerbundes gesucht werden muß!“ Ein Ausspruch des nationalsozialistischen Ministers, der die Mächte des Völkerbundes von allen Illusionen freimachen dürfte.

Im weiteren Verlauf des sensationellen Interviews stellte Göring fest, daß es lächerlich sei, einen Krieg zu beginnen, um Kolonien in Afrika zu erlangen. Das erklärte derselbe General Göring, der in ganz Deutschland systematisch die Propaganda für die Forderung nach afrikanischen Kolonien für Deutschland leitet. Derselbe General Göring, der in ganz Deutschland systematisch den Revanchegedanken hochzüchtet und die deutsche Jugend mit allen Mitteln zum Kriege erzieht.

Schließlich erklärte Göring, daß Adolf Hitler Europa vor dem Kommunismus und damit vor dem Untergang gerettet habe. Er sei ein Todfeind aller kommunistischen Bestrebungen, ja, er würde niemals erlauben, daß ein Mann wie Gandhi in seiner Gegenwart als ein Freiheitsheld gepriesen werde. Gandhi sei ein ganz gefährlicher bolschewistischer Agent. Göring tischte also aufs neue das Greuelmärchen von der sogenannten bolschewistischen Gefahr auf, um die ungeheuerliche Barbarei des Nationalsozialismus zu verdecken.

Dieses Interview des nationalsozialistischen Ministers ist das Fanal für alle Anhänger der Freiheit, des Rechts, des Friedens. Wer bislang das wahre Gesicht dieser Machthaber des „dritten Reiches“ nicht kannte, der wird durch die Aussagen des nationalsozialistischen Ministers Göring die ungeheure Gefahr des Nationalsozialismus für Freiheit und Frieden klar erkennen.

63. Verband der Kunstblumen- und Schmuckfedern-Arbeiterinnen und Arbeiter Österreichs.
64. Verein der Buchbinder und Papierverarbeiter Österreichs.
65. Verband der Bürogehilfen der Industrie Österreichs.
66. Verband der Friseurgehilfen Österreichs.
67. Verband der Gutarbeiter Österreichs.
68. Verein der Kartongearbeiter, deren Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschösterreichs.
69. Verband der Lederindustriearbeiter Österreichs.
70. Reichsverband der Gemeindeangestellten Österreichs.
71. Verband der Freien Arbeitsbauern Österreichs.
72. Reichsverein der Zeitungsbeamten Österreichs.
73. Verein fotografischer Mitarbeiter Österreichs.
74. Zentralverband der Landesorganisationen der Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen Österreichs.

Um die Zukunft des Saargebietes

Eine englische Stimme

London, den 21. Februar 1934.

Der Genfer Korrespondent vom „Manchester Guardian“, der ausgezeichnet informiert zu sein pflegt, teilt seinem Blatte einige Einzelheiten über die Tagung des Saar-Ausschusses des Völkerbundesrates mit. Mr. Knox, der Präsident der Regierungskommission an der Saar, war anwesend bei einer der Sitzungen des Ausschusses. Er hat ein Memorandum geschrieben, das der Ausschuss bei seiner Ankunft am Donnerstag vorgefunden hat, und der Ausschuss wgr. nach meiner Information, durch dieses Memorandum so stark beunruhigt, daß er Mr. Knox ersuchte, sofort nach Genf zu kommen, um mündliche Erklärungen abzugeben. Knox hat nur bestätigt, was er in diesem Memorandum gesagt hatte, und der Ausschuss hat ihn gebeten, das von ihm Gesagte schriftlich festzulegen.

Ich höre aus guter Quelle, daß Mr. Knox dem Ausschuss mitgeteilt hat, daß eine internationale Polizeikraft irgendwelcher Art im Saargebiet absolut notwendig sei. Das soll wahrscheinlich eine militärische Kraft sein, da es schwierig sein würde, in einer kurzen Frist eine Polizeimacht zu rekrutieren. Indessen ist nach der Auffassung von Mr. Knox eine solche Kraft unverzüglich notwendig, und es ist nicht möglich, zu warten bis zur Zeit unmittelbar vor der Abstimmung.

Der Korrespondent gibt dann die Einzelheiten über die vorhandenen Polizeikräfte im Saargebiet und teilt mit, daß Knox diese Kräfte für völlig ungenügend hält. Nach der Auffassung von Knox soll die neue Polizeikraft aus den Ländern genommen werden, die den Versailler Vertrag nicht unterschrieben haben.

Von besonderem Interesse sind noch folgende Mitteilungen: „Laut der Information, die der Ausschuss erhalten hat, nimmt an der Saar die Stimmung für die Vertagung der Abstimmung ständig zu, und eine große Anzahl von Katholiken, die endgültige Vereinigung mit Deutschland wollen, kommen zu der Auffassung, daß eine Vertagung wünschenswert sei. Die Katholiken, wahrscheinlich nach den Anweisungen vom Vatikan, werden immer mehr und mehr feindlich gegen die nationalsozialistische Agitation, und sie werden wahrscheinlich sich von der „deutschen Front“ trennen, die in diesem Falle zu einer Minderheit wird.“

Gleichschaltung unter Druck

Ein typisches Beispiel von der Saar

In einem saarländischen Betriebe außerhalb Saarbrückens (wir können aus begründlichen Gründen den Namen vorläufig nicht preisgeben) wurde unlänglich der Rundfunkrede Hitlers „An die deutschen Arbeiter“ durch ein Anschlag am schwarzen Brett der Belegschaft dieses Betriebes zur Kenntnis gebracht, daß die Rede Hitlers in dem Betrieb übertragen und während dieser Zeit der gesamte Betrieb ruhen werde.

Daraufhin machte der Arbeiterausschuß die Verlesung darauf aufmerksam, daß die Firma nach den Bestimmungen des Manteltarifes verpflichtet ist, den Arbeitnehmern die ausfallende Zeit zu vergüten.

So weit aber ging nun wieder nicht die Hitlerbegeisterung und der Prozentpatriotismus der Firma, die sich zwar gleichgültig hat, aber dafür kein Opfer bringen, sondern höchstens Vorteile haben will: „Mein Ruh geht vor Dein Ruh!“

Sie ließ deshalb unter den Arbeitnehmern eine Abstimmung vornehmen und siehe da:

Mehr als Zweidrittel aller Arbeitnehmer stimmten geheim, mit Stimmzettel, überhaupt gegen jede Übertragung, weil sie Hitler gar nicht hören wollten. Trotzdem aber wurde die Rede im Werk übertragen! Und nun geschah das weiterhin Bezeichnende: Die Übertragung erfolgte in einem bestimmten Raum des Werkes, zu dem sich die Arbeiter hinbegeben mußten, d. h. man zwang sie nunmehr, sich öffentlich zu bekennen, wer für oder gegen Gleichschaltung ist.

Und in Sorge und durchaus begründlicher Angst um ihre Arbeitsstelle und um das Brot der Familie begab sich nunmehr etwa ein Drittel der Belegschaft, die gegen jede Hitlerübertragung geheim abstimmte, mit den Häufen in der Tasche und zusammengebissenen Zähnen trotz ihrer im geheimen bekundeten Gegnerschaft in den Übertragungsraum, um sich nicht irgendwelchen Repressalien auszusetzen,

während der übrige Teil der Arbeitskollegen auch vor diesem öffentlichen Bekenntnis ihrer Hitlergegnerschaft, das sie ihre Drohkelle lösen konnte, nicht zurückblieb.

Oesterreichs aufgelöste Organisationen

Geist und Wille werden leben

Die Auflösungsbeschlüsse des österreichischen Bundeskongresses erstrecken sich auf folgende Organisationen:

1. Verein der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden und Kaufleute Österreichs.
2. Verband der sozialistischen Arbeiterjugend Österreichs.
3. Verband der jüdisch-sozialistischen Arbeiterjugend Österreichs.
4. Sozialdemokratischer Erziehungs- und Schulverein „Freie Schule, Kinderfreunde“, Reichsverein für Österreich.
5. Bund der religiösen Sozialisten.
6. Arbeiter-Abstinenzbund in Österreich.
7. Republikanischer Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit in Österreich.
8. Arbeiter-Samariterbund Österreichs.
9. Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund Österreichs (Arso).
10. Arbeiterbund für Sport und Körperkultur in Österreich (AöKB).
11. Touristenverein „Die Naturfreunde“, Reichsgruppe Österreich.
12. Touristenverein „Die Naturfreunde“.
13. Arbeiter-Flugsporverband.
14. Arbeiter-Jäger- und Schützenbund in Österreich.
15. Arbeiter-Skiverband.
16. Arbeiter-Sportvereinigung „Fichte“ (ASVE).
17. Österreichischer Arbeiter-Turn- und Sportbund.
18. Österreichischer Arbeiter-Handballverband.
19. Arbeiter-Schwimmverein.
20. Verband der österreichischen Arbeiter-Fischereivereine.
21. Arbeiter-Funkverband Österreichs.
22. Arbeiter-Funkverein Wien, Niederösterreich, Burgenland.
23. Österreichischer Arbeiter-Schachbund.
24. Gau Wien des Österreichischen Arbeiter-Sängerbundes.
25. Chormeisterbund der Arbeiter-Gesangsvereine.
26. Verband der Arbeiter-Russvereine Österreichs (Wamö).
27. Bund der freien Gewerkschaften Österreichs.
28. Verband der Arbeiterchaft der chemischen Industrie Österreichs.
29. Gewerkschafts- und Rechtschutzverein des österreichischen Eisenbahnpersonals.
30. Angestelltenvereinigung der Hotel-, Gast- und Kaffeehausangestellten und verwandter Berufe Österreichs.
31. Bund der Industriangestellten Österreichs.
32. Zentralverein der kaufmännischen Angestellten Österreichs.

33. Zentralverband der Lebens- und Genussmittelarbeiter Österreichs.
34. Österreichischer Metall- und Bergarbeiterverband.
35. Militärverband der Republik Österreich.
36. Bund der öffentlichen Angestellten Österreichs.
37. Einheitsgewerkschaft der Post- und Telegrafens- und Bundesbetriebe.
38. Reichsverein der Post- und Telegrafengehilfen Deutschösterreichs für Sterbeabfertigung und Unterstützung (Sektion der Einheitsgewerkschaft).
39. Mietervereinigung Österreichs.
40. Österreichischer Land- und Forstarbeiterverband.
41. Freie Lehrgewerkschaft Österreichs.
42. Union des Bühnen- und Kinopersonals Österreichs.
43. Freie Gewerkschaft der Schuhmacher Österreichs.
44. Freier Gewerkschaftsverband.
45. Verband der sozialistischen Studenten Österreichs.
46. Zentralorganisation der Hotel-, Gast- und Kaffeehausangestellten und verwandter Berufe Österreichs.
47. Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs.
48. Bund der Bank- und Sparkassengehilfen Österreichs.
49. Österreichische Baugewerkschaft.
50. Bekleidungsarbeitergewerkschaft Österreichs.
51. Österreichischer Reichsverein der Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter.
52. Deutsch-Österreichischer Bühnenverein.
53. Österreichischer Faktorenverband.
54. „Einigkeit“, Verband der Hausgehilfinnen, Erzieherinnen und Hausarbeiterinnen.
55. Verband der Holzarbeiter Österreichs.
56. Österreichischer Musikerverband.
57. Verband der Schuh- und Lederarbeiter Österreichs.
58. Österreichischer Zensfelderbund.
59. Reichsverein der Angestellten der sozialen Versicherungs- und Verwaltungsdienste Österreichs.
60. Union der Textilarbeiter Österreichs.
61. Gewerkschaft der Unternehmungsangestellten der Stadt Wien.
62. Verein der Versicherungsangestellten Österreichs.

Arbeitsrecht im „dritten Reich“

Mutige Richter

Im Mai 1933 übernahm der kommissarische Intendant den Rundfunk in F. Der Leiter des Funkchors, M., auch ein Nazi, erbat sich einen Urlaub von drei Tagen, um wegen eines andern Postens zu verhandeln. Der Urlaub wurde gewährt. Da sich die Verhandlungen in die Länge zogen, erbat er telegrafisch unter Bezahlung der Rückantwort einen Nachurlaub von zwei Tagen. Da er keine Antwort erhielt, nahm er an, daß der Urlaub erteilt sei, und kehrte nach fünf Tagen in den Betrieb zurück, worauf er fristlos entlassen wurde. Obwohl das Landesarbeitsgericht Berlin das Unterbleiben der telegrafischen Antwort nicht als Zustimmung zum Urlaub ansah, erklärte es, daß kein wichtiger Entlassungsgrund vorliege. Der Begründung des Urteils, in dem der Nazi-Intendant zur Bezahlung der Kündigungsentschädigung verurteilt wurde, entnehmen wir unter andern folgende bemerkenswert mutige Bemerkungen:

Der tiefere Grund für dieses Verhalten liegt nach dem Ergebnis der eingehenden mündlichen Verhandlung in der unzutreffenden Vorstellung der Beklagten von dem Begriff und wesentlichen Inhalt des Arbeitsverhältnisses. Die Beklagte erblickt in dem Arbeitsverhältnis eine vorwiegend auf Gehorsam, Unterordnung und schärfste Disziplin des Arbeitnehmers gegründete Beziehung, die sich begrifflich nur gradweise von dem militärischen Gewaltverhältnis unterscheidet.

Bezeichnenderweise nennt die Beklagte ihren Betrieb selbst „Kunstkommiß“, in dem es vor allem auf Disziplin ankomme. Diese Auffassung führt die Beklagte dazu, schon in dem Umstand, daß der Kläger Nachurlaub erbittet, eine „Unverschämtheit“ zu erblicken; während sie auf der andern Seite mit fast zu starker Betonung für sich in Anspruch zu nehmen glaubt, wahre Hüterin der Grundgedanken des neuen Staates zu sein. Das Gericht erkennt nicht, daß die Beklagte von ihren Mitarbeitern besondere Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit verlangen darf und muß. Es darf aber hierüber niemals übersehen werden, daß ein Arbeitsverhältnis seinen wesentlichen Inhalt nicht allein in der Befehls-gewalt des Arbeitgebers findet. Eine derartige Auffassung entspricht weder dem geltenden Recht noch den Grundgedanken, welche die Gestaltung des Arbeitsvertragsrechtes in Zukunft entscheidend beeinflussen werden. Die Auffassung der Beklagten steht insbesondere mit dem Gedanken wahrer Volksgemeinschaft und der Beseitigung des Gegensatzes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Widerspruch.

Urteil des Landesarbeitsgerichtes in Berlin, Kammer 3, vom 11. November 1933, Aktenzeichen 103 S 986/33.

Ueberstunden

Ein nationalsozialistisches Zeitungsunternehmen beschäftigte einen Filialleiter, der selbstverständlich auch ein Nazi war. Der Filialleiter mußte während geraumer Zeit hindurch Ueberstunden leisten und machte diese nach Auflösung seines Dienstverhältnisses geltend. Das Arbeitsgericht Berlin hat die Klage mit folgender Begründung abgewiesen:

Ein nationalsozialistisches Zeitungsunternehmen darf davon ausgehen, daß die von seinen Angestellten im Dienste des Unternehmens und damit der Partei geleistete Arbeit durch die vertraglich vereinbarten angemessenen Bezüge entlohnt sein sollen, auch wenn die Beanspruchung zuzeiten etwas stärker ist und Mehrarbeit erfordert...

Urteil des Arbeitsgerichtes in Berlin, Kammer 7, vom 24. Oktober 1933, Aktenzeichen 7 (6 a) AC 536/33.

Der Regierungspräsident entscheidet

Nach dem Gesetz über die Betriebsvertretungen usw. vom 4. April 1933 trifft der zuständige Regierungspräsident die erforderlichen Feststellungen, ob bei einem Arbeitnehmer staats- und wirtschaftsfeindliche Einstellung gegeben ist. Die Feststellungen dieser Behörde sind für die Parteien und das Arbeitsgericht bindend.

Urteil des Arbeitsgerichtes in Köln vom 20. September 1933, 4 AC 614/33.

Wie die Wirtschaft abwärts geht

Deutschlands Wirtschaftslage verschlechtert sich von Monat zu Monat. Der Versuch, durch Arbeitsbeschaffung mit öffentlichen Mitteln die private Wirtschaft anzukurbeln, kann als gescheitert angesehen werden. Von den bereitgestellten 3,5 Milliarden Mark werden bis Ende März mehr als die Hälfte ausgezahlt sein, so daß bei Beginn des neuen Baujahres nur noch die kleinere Hälfte zur Verfügung stehen wird. Die öffentliche Arbeitsbeschaffung hat zwar die Eisenindustrie etwas belebt. Aber trotz ausgedehnter Kriegsindustrie ist die Erzeugung von Kohle als auch von Elektrizität geringer als im Vorjahr. Der Verkehr der Reichsbahn und die gewerbliche Bauwirtschaft weisen auch keine Merkmale auf, aus denen geschlossen werden könnte, daß die private Wirtschaft sich in einem Aufschwung befindet. Das ernsteste Symptom ist der unaufhaltsame Rückgang der Umsätze des Einzelhandels. Obwohl sie im Jahre 1932 bereits auf 62,6 Prozent der Umsätze von 1928 zurückgegangen waren, hat sich 1933 von Monat zu Monat ein weiterer Rückgang vollzogen. Das Volk ist verarmt. Auch dort, wo die Löhne und Gehälter nominell nicht herabgesetzt wurden, ist die Kaufkraft geringer geworden, da auf der einen Seite die starke Verteuerung der Nahrungsmittel, auf der anderen Seite die zahlreichen Zwangsabgaben sich auswirken.

Siegesmeldungen über den günstigeren Stand der öffentlichen Finanzen sind ebensowenig ernsthaft wie die über die gewonnene Arbeitslosigkeit. Die Reichskasse gibt zwar für Ende Dezember einen Ueberschuß von 163 Millionen an, aber das hat weder mit Sparsamkeit, noch mit einer günstigen Entwicklung der Steuern das geringste zu tun. Die

Wenn der Vorsigende des nationalsozialistischen Betriebsrates im Mai 1933 von der Betriebsleitung die fristlose Entlassung eines der staatsfeindlichen Einstellung verdächtigen Arbeiters verlangt, um den Arbeitsfrieden im Betrieb aufrechtzuerhalten, ist dem Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung dieses Arbeitnehmers nicht mehr zuzumuten. Der Arbeitgeber ist daher zu seiner fristlosen Entlassung berechtigt.

Urteil des Landesarbeitsgerichtes in Königsberg (Preußen) vom 27. September 1933, Aktenzeichen 8 S 328/33.

Betriebsräte werden vom Polizeipräsidenten bestellt und abgesetzt

Angesichts der Sonderregelung im Gesetz über Betriebsvertretungen usw. vom 4. April 1933 ist die NSBO nicht als befugt anzusehen, die Amtsenthebung eines Betriebsratsmitgliedes zu verfügen.

Auf Grund des Gesetzes über Betriebsvertretungen usw. vom 4. April 1933 ist die Landesbehörde (in Berlin der Polizeipräsident) befugt, die Amtsenthebung eines Betriebsratsmitgliedes auch mit rückwirkender Kraft auszusprechen.

Urteil des Landesarbeitsgerichtes in Berlin, Kammer 6, vom 1. Juli 1933 — Aktenzeichen: 106/108 S 840/33.

Die Revolution ist abgeschlossen

N. war Leiter einer Patentabteilung im Betrieb der Firma X. Der Kläger glaubte auf Grund seiner besonderen Kenntnis der Dinge Anlaß zu haben, um den Bestand des Betriebes und damit um die Weiterbeschäftigungsmöglichkeit seiner Arbeitskollegen bangen zu müssen, sowie die Gründe für den erfolgten Rückgang der Aufträge zu kennen. Er wendete sich aber nicht an die Mitglieder des Vorstandes, auch nicht an die Betriebsvertretung, sondern an eine, wie das Gericht sagt, „dem Betrieb fremde Persönlichkeit“, und zwar an den Ortsgruppenleiter der NSBO. Als er dort keinen positiven Erfolg erreichte, wandte sich der Kläger an den Schlichter der deutschen Arbeitsfront. Als die Firma davon erfuhr, entließ sie den Kläger wegen Verletzung der Treuepflicht fristlos. Das Arbeitsgericht Berlin hat die Klage auf die Kündigungsentschädigung abgewiesen. Der Begründung entnehmen wir folgende bemerkenswerte Sätze:

Wieweit ein solches Verhalten, wie es der Kläger an den Tag gelegt hat, in den Monaten der Revolution Verständnis oder sogar Billigung zu finden hatte, steht hier nicht zur Erörterung; zu der Zeit jedenfalls, zu der der Kläger seine Maßnahmen traf, war die Revolution nach der großen Kumbung des Reichskanzlers Hitler abgeschlossen und das Stadium der Evolution begonnen worden.

In diesem Stadium des Aufbaues der deutschen Nation die Wirtschaft und insbesondere die einzelnen Wirtschaftsbetriebe zu unterstützen und möglichst alle Hemmnisse zu beseitigen, ist nicht nur Aufgabe der verantwortlichen Organe in allen Stellen, sondern vor allem auch Aufgabe des einzelnen Arbeitnehmers, der doch mit Recht heute mehr denn früher mit seinem Betrieb schicksalsverbunden sein soll.

Ein Arbeitnehmer, der gegen diese selbstverständlichen und von der überwiegenden Mehrzahl aller Arbeitnehmer eingehaltenen Pflichten verstößt, schafft dadurch einen Unruheherd in der Einzel- und damit auch in der Gesamtwirtschaft.

Wenn der Arbeitgeber, gegen den sich das gefährdende Verhalten des Arbeitnehmers in erster Linie richtet, unter diesen Umständen ein weiteres Zusammenarbeiten mit einem solchen Angestellten ablehnt, so macht er nur dadurch von dem Rechte Gebrauch, das ihm das Gesetz gewährt, und setzt das Verantwortlichkeitsprinzip, das auch in der Wirtschaft zu herrschen hat, auch gegenüber Mitarbeitern durch, die unverantwortlich handeln. Der Grundsatz, den der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt für die Betriebsinhaber in seiner bereits erwähnten Rede aufgestellt hat: „Der deutsche Mann muß soviel Charakter haben, daß er es für sich in Anspruch nimmt, solange er auf seinem Posten steht, sich von niemandem verdrängen zu lassen.“ gibt auch den verantwortlichen Führern der Beklagten das Recht, sich solcher Angestellten zu entledigen, die derartige Verdrängungsmethoden durchzusetzen versuchen.

Urteil des Arbeitsgerichtes in Berlin, Kammer 2, vom 13. September 1933 — Aktenzeichen 2 AC 445/33.

Sachausgaben werden nicht mehr aus dem Reichsetat bezahlt, sondern durch leichtfertige Finanztransaktionen gepumpt. Und daß die Steuereinnahmen höher sind als der Voranschlag, liegt ausschließlich in dem hohen Aufkommen der Fettsteuer, dem unerhörtesten Attentat auf die ärmsten Teile des Volkes. Der Ernst der deutschen Finanzlage ist aus zwei Symptomen deutlich zu erkennen. Der Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk erklärte kürzlich, daß eine „dauernde Wiederholung der zusätzlichen Arbeitsbeschaffung nicht möglich sei. Im neuen Jahr werde sie sich auf die Fortführung der Reichsautobahnen beschränken müssen.“ Da trotz aller Anstrengungen die deutsche Ausfuhr 1933 um mehr als 600 Millionen Mark weniger ist, das ist 15 Prozent des Wertes, beschäftigt sich die Regierung jetzt bereits mit der Abwertung der Mark.

Im Dezember war die Arbeitslosigkeit um mehr als 700 000 gestiegen. Für Januar wird eine Abnahme von 285 000 angegeben, obwohl alle Berichte aus der Privatwirtschaft von einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit erzählen. Davon sind allerdings allein 138 000 Notstandsarbeiter — deren Zahl damit auf 415 274 gestiegen ist. Da ist bereits zu erkennen, daß es bestenfalls gelungen ist, Arbeitslose mit öffentlichen Mitteln zu beschäftigen. Es ist auch bemerkenswert, daß der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, Syrup, in einem Kommentar zu den amtlichen Zahlen vorsichtig darauf hinweist, daß eine Aenderung der Witterung leicht wieder zu einem Steigen der Arbeitslosigkeit führen kann!

Gustav Petschek

Der Tod eines der reichsten Industriellen

In Aussig starb im 77. Lebensjahre der bekannte Großindustrielle Ignaz Petschek. Ignaz Petschek wurde am 14. Juni 1857 in Kolin in Böhmen geboren. Bereits in jungen Jahren kam er rasch vorwärts und wurde als Achtzehnjähriger ins Aussiger Kohlenkontor des Prager Bankvereins berufen. Nachdem der Prager Bankverein 1875 in Liquidation getreten war, kaufte der Industrielle Weinmann das Kohlenkontor. 1880 machte sich Petschek als Dreiundzwanzigjähriger selbständig. Er führte den bis dahin in der Kohlenbranche unbekannt gewordenen Kommissionshandel ein und beteiligte sich im Laufe der Zeit stark an der Erschließung weiterer Braunkohlenfelder in Nordwestböhmen. 1913 dehnte er seine Interessen nach dem Deutschen Reich aus und beherrschte in den letzten Jahren souverän das mitteldeutsche Braunkohlenegebiet. Der Kauf der entscheidenden Mehrheitsaktien bei „Lise“-Bergbau erregte in Deutschland ungeheures Aufsehen, wurde als Ueberfremdung angegriffen und führte zu schweren Kämpfen in der Generalversammlung, die alle mit dem Siege Petscheks endeten.

I. G. Farben

Verglichen mit dem 3. Vierteljahr hat im Farbegeschäft der Umsatz etwas über demjenigen des Vorquartals gelegen. Der Chemikalienumsatz weist eine leichte, weitere Umsatzsteigerung auf. Der Düngestickstoffabsatz im Inland hat im 4. Vierteljahr ebenso wie im vorausgegangen eine geringe Zunahme, verglichen mit dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres, erfahren. Im Auslandsgeschäft konnte dagegen die im 3. Quartal erzielte Zunahme infolge des Rückganges in schwefelsaurem Ammoniak gegenüber dem Vorjahr nicht gehalten werden. Es sei zu hoffen, daß der Rückgang des Auslandsabsatzes im laufenden Düngejahr ausgeglichen werde, wenn die in Verbindung mit dem Beitritt der Außenseiter zum Stickstoff-Syndikat erfolgte Herabsetzung der Inlandpreise zu einer Belebung des Inlandmarktes führt. Bei dem technischen Stickstoff zeigen die Umsatzzahlen des 4. Quartals eine leichte Aufwärtsbewegung. Die Benzolproduktion wurde wieder gesteigert. Diese Zunahme ist vor allem eine Folge der in immer größerem Ausmaße angewandten direkten Hydrierung von Braunkohle. Das deutsche Geschäft in Pharmazutika und Pflanzenschutzmittel zeigte auch in der Berichtszeit eine Belebung. Dagegen litt das Exportgeschäft weiter unter den bekannten Schwierigkeiten. Der Fotoabsatz hatte nahezu den gleichen Saisonverlauf wie im Vorjahr. Der mengenmäßige Absatz in Viscose weist sowohl gegenüber dem 3. Quartal 1933, wie gegenüber dem 4. Quartal 1932 eine Steigerung auf. Für Vistrafaser und Accetat-Kunstseide liegt der mengenmäßige Absatz ungefähr auf der Höhe des 4. Vierteljahres 1932.

Diesem kläglichen Bericht versieht die „Frankfurter Zeitung“ mit der Ueberschrift: „Günstige Entwicklung“.

Deutschlands Kohlenförderung

Mill. t	Steinkohle		Braunkohle	
	Insgesamt	Ruhr	Aachen	
1913	190,1	114,18	3,27	87,23
1929	163,44	123,58	6,04	174,45
1930	142,7	107,18	6,72	146,01
1931	118,64	85,63	7,09	133,31
1932	104,74	73,28	7,45	122,65
1933	109,92	77,8	7,56	126,80

Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich die Aachener Förderung verdoppeln können, nicht viel anders verlief die Entwicklung des Braunkohlenbergbaues, während der Ruhrbergbau auf 70 Prozent seines Friedensumfanges zurückgehen mußte, nicht zuletzt deswegen, weil Aachen und die Braunkohle in seine deutschen Märkte eindringen und hier im Schatten der Syndikatspreise sich ausdehnen konnten.

Die Nebenproduktion

stellte sich im Aachener und im Ruhrgebiet wie folgt:

Jahr	Ammoniak t	Benzole t	Teer und Teerverbindungen t	
1913	391 000	155 000	935 000	
1929	430 000	336 000	1 277 000	
1930	406 000	287 000	1 100 000	
1931	294 000	206 000	771 000	
1932	218 000	152 000	595 000	
1933 (gesch.)	226 000	172 000	650 000	

Die Ruhrgas A.G., die etwa ein Fünftel des gesamten Kokereigases im Ruhrgebiet absetzt, hat mit ihrem Absatz im vorigen Jahre, wie erwartet, die Milliarden-grenze überschritten.

Jahr	Gesamt Gasabsatz		Monatsdurchschnitt	
	Mill. cbm		Mill. cbm	
1930	718		59,8	
1931	796		66	
1932	843		70,3	
1933	1077		89,7	

Rheinische Braunkohle

Wie mitgeteilt wird, hat sich beim Rheinischen Braunkohlensyndikat der Absatz im Dezember 1933 gegen den gleichen Monat des vorigen Jahres ungefähr um 17 Prozent erhöht, wobei sich die Steigerung gleichmäßig auf den Hausbrandabsatz und die Industrieabrufe verteilt. Im Januar 1934 konnte der vorjährige Januarabsatz nicht ganz erreicht werden. Der Auslandsabsatz ist gegen das Vorjahr infolge der Einfuhrbeschränkungen verschiedener Länder rückläufig. Im Dezember 1933 ergab sich ein Rückgang des Auslandsabsatzes um rund 20 Prozent, im Januar konnte gegen den gleichen Monat des Vorjahres ein kleiner Mehrabsatz erzielt werden, der aber bei weitem nicht ausreicht, um die Ausfälle der Vormonate auszugleichen. Was die Absatzgestaltung im Laufe des ganzen vergangenen Jahres betrifft, so ist eine Verschiebung zugunsten der Industrieabrufe festzustellen.

Der deutsche Kirchenstreit

Von einem Ausländer gesehen

Saarbrücken, 21. Februar 1934.

Ein prominenter amerikanischer Geistlicher mit Namen Charles E. Mac Farland hat bei der Macmillan Press, New York, ein Buch erscheinen lassen mit dem Titel *The New Church and the New Germany* (Die neue Kirche und das neue Deutschland), in dem dieser amerikanische Theologe aus genauer eigener Kenntnis einen Überblick über den protestantischen Kirchenstreit gibt. Er hat darüber Unterredungen mit Fried, Rosenbergs, Müller, Karl Barth und mehr als sechzig evangelischen Geistlichen und schließlich auch mit Hitler selbst gehabt.

Ueber das Gespräch mit Hitler berichtet er ausführlich und konstatiert, daß Hitler nur „beschränktes Verständnis für das Christentum“ habe und sich in kirchlichen Dingen absolut von anderen leiten lasse. Hitlers Antisemitismus aber hat auf ihn den Eindruck gemacht, daß er „nabezu eine Heiligkeit“ darstellt. Als die treibende Kraft des Kulturkampfes in Deutschland bezeichnet der Amerikaner den von Hitler ernannten Kulturdiktator des „dritten Reiches“, den Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“ und Leiter des außenpolitischen Amtes der NSDAP, dessen Buch der Papst jetzt auf den Index gesetzt hat.

Alfred Rosenberg, „den Hohepriester einer Theorie, die sich zu einer Art Religion entwickelt und die fundamentalen Lehren Jesu verkehrt“.

Reichsbischof Müller und sein Berater sehen die Maßnahmen zur Unterdrückung der kirchlichen Opposition fort. Der Führer des Pfarrerverbands, Pfarrer Niemöller in Berlin-Dahlem, der bereits von seinem Amte suspendiert war, ist jetzt, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet, endgültig abgesetzt worden, und zwar ohne das in der kirchlichen Gesetzgebung vorgeschriebene Disziplinarverfahren, das einem angeklagten Geistlichen Gelegenheit gibt, sich zu verteidigen. In Dahlem hat die Entfernung des beliebten Pfarrers, zu dessen Predigten der Andrang so groß war, daß die Leute vor der Kirche auf der Straße standen, eine starke Erregung hervorgerufen; man bezeichnet es als eine Verletzung protestantischer Grundzüge, wenn den Gemeinden jedes Mitspracherecht genommen wird.

In Preußen sind insgesamt 68 Pfarrer suspendiert worden, davon 3 in der Kirchenprovinz Brandenburg. Das weitere Verfahren ist aber nur gegen eine Minderheit dieser Pfarrer eingeleitet, während die übrigen ihr Amt wieder versehen. Zugunsten der gemäßigten Amtsbrüder haben zehntausend Pfarrer eine Solidaritätserklärung unterschrieben. Die geltenden Voraussetzungen für die Gründung von Freikirchen sind vorhanden, jedoch ist an eine Ausführung dieses Gedankens unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo die Staatsintervention jeden Augenblick

ausgelöst werden kann, nicht zu denken. Pfarrer Niemöller hat Berlin verlassen und sich in seine engere Heimat nach Westfalen zurückgezogen.

In ganz Westdeutschland

heben die Gemeinden in geschlossener Front und weigern sich unter Berufung auf die alte rheinisch-westfälische Kirchenordnung, die weitgehend von den Auffassungen des Reformbekenntnisses bestimmt ist, die Einsetzung von Bischöfen anzuerkennen. Der von Berlin aus ernannte Bischof des Rheinlandes, Oberheid, war von Anfang an von einer unsicheren Mauer des Konfesses umgeben. Der Versuch einer Konzeption, indem sich Oberheid nicht mehr als Bischof, sondern als Landespfarrer bezeichnete, war zum Scheitern verurteilt, da Geistliche und Gemeinden auch von einer Einführung des bischöflichen Regiments unter anderem Namen nichts wissen wollten und an ihrer überlieferten Synodalverfassung festhalten.

Seither hält Oberheid sich vorwiegend in Berlin auf und bildet hier die rechte Hand des Reichsbischofs Müller, den er im Sinne eines verschärften Kurzes beeinflusst. Die Bildung eines Geistlichen Ministeriums steht noch immer auf die größten Schwierigkeiten, so daß die Reichsregierung Müller-Oberheid sich fortsetzt.

10000 Mark Geldstrafe - 10 Monate Gefängnis

Teure Geldsendungen

Berlin, 19. Februar. Der praktische Arzt Dr. Friedländer und seine Familienangehörigen fanden heute vor dem Berliner Schnell-Schöffengericht unter der Anklage des Devisenvergehens. Zwei Brüder des Angeklagten, die als Richter nach der nationalsozialistischen Revolution wirtschaftliche Schwierigkeiten befürchteten, waren nach Frankreich gegangen und leben dort schon seit längerer Zeit als Emigranten. Dr. Friedländer wollte seine Brüder durch Geldsendungen unterstützen. Er wählte dazu den Weg, daß er auf den gemeinsamen Paß, den er für sich und seine Ehefrau hatte, den zulässigen Höchstbetrag von 400 Mark nach Paris schickte. Das wäre rechtlich zulässig gewesen. Er schickte aber außerdem auf den Sonderpaß, den seine Frau besaß, weitere 200 Mark und veranlaßte auch seine Schwiegermutter, seine beiden Schwägerinnen und schließlich den bei ihm beschäftigten Wärter, auf ihre Pässe je 200 Mark an seine Brüder zu schicken, so daß im ganzen 4000 Mark in mehreren Sendungen nach Paris gingen. Das Geld stammte in allen Fällen aus dem Besitz des Dr. Friedländer.

In der Verhandlung verteidigte sich der Angeklagte damit, daß er sich streng an die Bestimmungen gehalten habe, wonach ein Deutscher auf seinen Paß hin monatlich 200 Mark ins Ausland senden dürfe. Die mitangeklagten Familienmitglieder und der Wärter hätten ja auch die zulässige Höchstsumme nicht überschritten. Das Schnell-Schöffengericht stellte sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß es nach dem Sinn der Devisengesetzgebung nicht darauf ankomme, wer formal der Absender sei, sondern darauf, aus wessen Besitz das deutsche Geld ins Ausland fliehe. Wenn der deutsche Geldspender sich zur Abwendung der Beträge anderer Personen und ihrer Pässe bediene, so sei das eine Umgehung der Devisenbestimmung, die ihn nicht vor Strafe schützen könne.

Das Gericht verurteilte Dr. Friedländer zu 10 Monaten Gefängnis und 10000 Mark Geldstrafe. Wegen Beihilfe erhielt die Ehefrau des Angeklagten fünf ein Jahr verwirklichte Gefängnisstrafe von einem Monat 300 Mark Geldstrafe und außerdem weitere 20 Mark Geldstrafe. Der schon vorbestrafte Wärter des Angeklagten erhielt einen Monat Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe. Wegen die Schwiegermutter und die beiden Schwägerinnen wurde das Verfahren eingestellt mit der Maßgabe, daß 200 Mark an die Winterhilfe zu zahlen seien.

500 000 Schüler sammeln

20 Millionen Wimpelplaketten

Berlin, 21. Febr. Am 20. Februar, dem zweiten Opfertag des VdK für das Winterhilfswerk, werden über 500 000 Schüler und Schülerinnen, Hitler-Jugend und VdK-Jugend, die an diesem Tag vom Unterricht befreit sind, im ganzen Reich für das Winterhilfswerk sammeln. An die Stelle der blauen Kornblume, die am ersten Opfertag das Abzeichen der Spenden war, tritt diesmal eine weiße Metallplakette mit dem blauen Wimpel des VdK. 20 Millionen dieser Plaketten hat der VdK aus den Reichsgebieten der künftigen Industrie bestellt.

Ein interessantes Urteil

Das Landesarbeitsgericht Kiel stellt (RAB. Nr. 38) fest: „Ein zwischen der NSDAP und dem Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand abgeschlossener Tarifvertrag“ ist nicht rechtsverbindlich, da beide Organisationen politisch und nicht tarifmäßig sind.“

Reichswehr als Parteicheer

Hoheitsabzeichen der NSDAP für die Wehrmacht

Amlich wird gemeldet: Um die Verbundenheit der Wehrmacht mit Volk und Staat zum Ausdruck zu bringen, hat der Reichspräsident in Verfolg des Gesetzes zum Neuaufbau des Reiches auf Vorschlag des Reichswehrministers eine Verordnung erlassen, welche das Hoheitsabzeichen der NSDAP auch bei der Wehrmacht einführt.

Die Landesfarben an der Dienstmütze des Reichsheeres wird in Zukunft durch das Hoheitsabzeichen in silberner Ausführung ersetzt; an der Schirmmütze der Offiziere usw. wird es in goldener Ausführung über der Reichsfasche getragen, ebenso an der Marinemannschaftsmütze. Am Stahlhelm wird auf der rechten Seite das Schild mit den Reichsfarben schwarzweißrot, auf der linken Seite das Hoheitsabzeichen angebracht, beim Reichsheer in weißer, bei der Reichsmarine in goldgelber Ausführung.

Ferner wird das Hoheitsabzeichen an der Uniform getragen, beim Reichsheer auf der rechten Brustseite des Rockes bzw. der Hose in silbergrauer Stickerei, an der Bekleidung der Reichsmarine in Höhe des zweiten Knopfes in goldener bzw. goldgelber Stickerei.

Die neuen Abzeichen sind zur Zeit in Bearbeitung. Der Zeitpunkt des Anlegens wird besonders befohlen werden.

Goldene Tressen ...

... aber leider nichts zu essen

Stabschef Röhm hat dem „Völkischen Beobachter“ zufolge eine Verfügung erlassen, wonach alle SA-Führer und SA-Männer, die in der Zeit vom 1. Januar 1923 bis 31. Dezember 1932 in die SA eingetreten sind und außerdem mindestens seit dem 1. Januar 1923 ununterbrochen in der SA stehen, am rechten Oberarm einen Winkel aus einer ein Zentimeter breiten, mit Rot durchwirkten Goldtresse tragen.

Witze erlaubt?

In einer Bekanntmachung befragt Gauleiter Wäckerl in Neunkirchen, ob einzelne Denunzianten so weit gingen, diesen oder jenen harmlosen Witze zur Kenntnis von Behörden zu bringen, um auf diese Weise zu verurteilen, ihnen unliebsten Personen Schwierigkeiten zu bereiten. Es werde — so heißt es in der Bekanntmachung u. a. — keinen Führer von Format geben, der sich darum kümmert, wenn das Volk auf unheimliche Weise schließlich einmal seine Tätigkeit in überhöflicher Form kritisiert.

Oberbürgermeister wegen „Beleidigung“ des Gauleiters in Schutzhaft

Bamberg, 20. Febr. Die politische Polizei teilt mit, Oberbürgermeister Dr. Beegmann-Bamberg wurde am Dienstagvormittag in Schutzhaft genommen, weil er einen Gauleiter der NSDAP „beleidigt“ hat. — Eigene Meinung ist Beleidigung in Hitlers Reich!

„Mein Kampf“ — französisch

Der französische Franken ist eine gute Währung

Nachdem Hitler bisher jedem Schriftsteller und jedem Verleger die Autorisation zur Uebersetzung seines Buches „Mein Kampf“ ins Französische rundweg verweigert hat, hat der Verlag „Nouvelles Editions Payot“ nunmehr eine Uebersetzung gegen den Willen des Autors herausgebracht und über ganz Frankreich verbreiten lassen. In der Vorrede heißt es: „Wenn Hitler sich der Verbreitung seines Buches in Frankreich widersetzt, so tut er das, weil er glaubt, daß es für seine Politik von Nachteil sein könnte. Aber das ist es gerade, weshalb wir die Veröffentlichung für vorteilhaft halten. Es wird uns bei ihm entschuldigen, daß wir zur Rechtfertigung unseres kleinen Gewalttätigen uns keine Rechtsgrundzüge zu eigen machen, die sein Innenminister Dr. Frick bei der Eröffnung des Deutschen Juristentages in Leipzig am 3. Oktober 1933 verkündete: „Für uns Nationalsozialisten ist alles Recht, was dem deutschen Volk nützt und Unrecht ist, was ihm Schaden bringt.“

Aus Paris wird uns dazu noch geschrieben: Ein Verlagshaus teilt mit, daß es die Absicht hat, ungeachtet des Verbots des Autors, eine Uebersetzung von Adolf Hitlers „Mein Kampf“ herauszubringen.

In der bekannten Zeitschrift „Gomodia“ wendet sich H. Gabriel Wolff gegen diesen Plan, der ihm beim gegenwärtigen Stand unserer Beziehungen nicht nur inoffiziell, sondern auch gefährlich scheint. Hitlers Verbot könne sich auf Gründe stützen, die ebenfalls im Nutzen wie im Schaden Frankreichs liegen könnten. Das würden wir sagen, so etwa trägt der Kritiker, wenn die Deutschen der Vergeltung wegen französische Schriftsteller ohne deren Genehmigung übersehen würden?

Darauf ist zu erwidern, daß entscheidend ist, ob Hitler das Uebersetzungsrecht an „Mein Kampf“ verkauft hat oder nicht. Die Taktik, das Buch im Innern des Landes zu drucken und es nach außen zu unterdrücken, ist jedenfalls so unmoralisch, daß jede Verhinderung dieser Absicht Moral ist.

Gerüchte um Stavisky

Er und seine Tänzerinnen

Paris, 21. Febr. Die Pariser Morgenpresse berichtet im Zusammenhang mit dem Stavisky-Skandal, daß nach den in Banonne umlaufenden Gerüchten die ganze Angelegenheit in den nächsten Tagen ein vollkommen anderes Aussehen erhalten könnte. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß sich die Tätigkeit Staviskys nicht auf die Millionenbetrügereien beschränkt habe, sondern daß er seine guten Beziehungen zu den höchsten Stellen geschickt ausgenutzt habe, um Spionage zu betreiben. Obwohl dieses Gerücht im Augenblick noch keine festen Formen angenommen hat, zitiert man in diesem Zusammenhang die Namen der Wiener Künstlerinnen Rita Georg und einer angeblich in London weilenden Wiener Tänzerin Marianne Kupfer. Man wundert sich darüber, daß beide unmittelbar nach dem Tode Staviskys Frankreich verlassen haben, und daß sich besonders Rita Georg bisher weigere, nach Paris zu kommen, um über ihre Beziehungen zu Stavisky auszusagen. Das „Journal“ hat von sich aus eine Untersuchung eingeleitet und spürt den Boden weiter. Stavisko, so betont das Blatt, habe sich eingehend um die Organisierung der französischen Grenzbestimmungen gekümmert. Andererseits dürfe man nicht vergessen, daß Rita Georg, deren Beziehungen zu Stavisky sehr intimen, die Operette Kathinka, in der sie mit Gröls in Paris auftrat, zuerst in Berlin geliebt habe. Hinter all diese Tatsachen müsse man darum ein großes Fragezeichen machen. Die Pariser Sicherheitspolizei hat sich ebenfalls mit diesen Gerüchten befaßt und erklärt, daß sie verdächtigen Spuren nachgegangen sei, daß aber keine einzige die umlaufenden Gerüchte bestätige. Die Blätter glauben aber doch, daß sich der Banonner Untersuchungsrichter demnächst auch mit dieser Seite der Stavisky-Angelegenheit zu befassen haben werde.

Pistolen!

Für politische Leiter

Berlin, 20. Februar.

Nach einer Meldung des Preussischen Pressedienstes der NSDAP, hat der Führer den politischen Leitern (einschließlich Ortsgruppenleitern der NSDAP) das Recht verliehen, zum Dienstanzug eine Pistole zu tragen.

27 Jahre Zuchthaus!

Für Kommunisten!

Das Reichsgericht fällt gegen vier Kommunisten aus Gosenheim Urteile auf Zuchthausstrafen in Höhe von acht, fünf und zweimal sieben Jahren. Die Arbeiter waren angeklagt, Sprengstoff entwendet und Hochverrat vorbereitet zu haben. Das Reichsgericht berief sich bei seinen Urteilen auf Aussagen, die der zu acht Jahren Zuchthaus verurteilte Arbeiter Stielger in der Voruntersuchung schriftlich und — mündlich gemacht haben soll, und die er in der Hauptverhandlung widerrief. Außer den Aussagen in der Voruntersuchung, bei deren Zustandekommen die berichtigten Verhörmethoden der Nazis angewandt sein werden, lag nicht der Schatten eines Beweises gegen die Angeklagten vor.

Unterschlagung!

Verbandsbegleitwart Karl Unterriefer-Dorimund hat eine aus dem Verbandskreis Essen kommende Summe unterschlagen. Er wurde seines Amtes enthoben, aus der DAB und der NSDAP ausgeschlossen.

„Deutsche Freiheit“

Abonnementspreise:

		im Monat	Einzelverkauf
Saargebiet	fr. Fr.	12,—	0,60
Frankreich	fr. Fr.	12,—	0,60
Luxemburg	belg. Fr.	15,—	0,70
Belgien	belg. Fr.	15,—	0,85
Neubelgien	belg. Fr.	12,—	0,50
	(Eupen-Malmédy)		
Holland	fl.	1,50	0,12
Dänemark	Kr.	3,20	0,20
Schweden	Kr.	2,60	0,20
Schweiz	schw. Fr.	2,40	0,20
Oesterreich	Schilling	7,50	0,30
Tschechoslowakei	Kr.	30,—	1,20
England	sh	4,—	3 d
Palästina	sh	4,—	—
Spanien	Peseta	6,—	—
Polen	Zloty	4,20	—
Rußland	Rubel	1,—	—
Argentinien	Peso	3,—	—

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post sind die Portogebühren vom Besteller mit dem Abonnementsbetrag zu entrichten.

Ein Schwerverwundeter wird gehängt!

Das Fieber wühlt —
Mein Herz
verbrennt —
Und niemand kühlt
mit leichten Händen meinen Schmerz.

Hoch oben, dort — am Firmament
seh'n sie auf mich herab,
vier, fünf Gesichter,
die Roben rot —
Es sind — — Was sagen sie? — — Es sind die Richter!
Und da — da gräbt man auch mein Grab...

Ich weiß, mein Leib ist ja schon tot.
Mein Kopf zersprang in tausend Scherben.
Was wollt ihr denn dann noch von mir?
Laßt mich doch sterben!
Was — Ihr fragt — wofür?
Für Freiheit — — Freiheit — — für die Brüder — —
Ja — ja — ich tät es immer wieder — —

Sie schreiben's nieder.
Ihre Feder knarrt.
Und vor mir wölbt sich schwarz und hart
ein Felsenhang,
auf dem ich immer höher klimme.
Von fern tönt eine Menschenstimme:
„Zum Tode durch den Strang!“
Haha — ein solcher Scherz
erschreckt mich nicht!
Ich klettere weiter himmelwärts
zum Licht...

Doch plötzlich — bin ich aufgewacht? —
Es poltern Trommeln durch die Nacht,
ein dumpfer Chor —
reißt mich empor —
Soldaten starr und ohne Blick —
An meinem Hals — an meinem Hals — — der Strick — —
N—n—nein — —
Das kann nicht sein —
Das ist ein Traum...
Da zucken glühendheiße Flammen —
Aufbrüllend bricht der Weltenraum
zusammen...

Er schöpft aus Gottes Hand

„Der Reichskanzler sagte ernst“...

Dem „Kasseler Sonntagsblatt“ entnehmen wir — mit Freuden ohne Kommentar — folgendes reizende Vorkommnis aus den Bergen:

Im Spätsommer des vergangenen Jahres ließ sich Adolf Hitler auf seinem Berghaus Obersalzberg einen alpinen Garten anlegen. Der erste damit beauftragte Gärtner stellte den Alpengarten nicht zur Zufriedenheit des Kanzlers her. Darauf wurde ihm ein Gartenarchitekt aus Bielefeld empfohlen. Der war ein Neffe des bekannten Pastors Kuhlo, des Vaters der Posaunenchor. Kuhlo besuchte seinen Neffen bei seiner Arbeit in Obersalzberg, und der Zufall wollte, daß zu gleicher Zeit auch Adolf Hitler einige Tage zur Erholung in seinem Berghaus weilte. Er besichtigte die Gartenarbeit und fand bei dem Architekten einen alten, weißbärtigen Herrn stehen. Eigentümlich bei Pastor Kuhlo ist, daß ihn sein Horn überallhin begleitet. So hatte er es auch diesmal umhängen. Der Führer fragte in seiner gütigen Weise nach dem Warum? Ohne jede Antwort setzte Vater Kuhlo das Horn an, und die schönsten Kirchen- und Volkslieder klangen von der hohen Warte des Obersalzberges über Berg und Tal. Da drückte Hitler dem Posaunengeneral bewegt die Hand und sagte: „Sie haben mir eine unendlich große Freude bereitet!“

Voll Staunen hörte der Kanzler, daß Kuhlo schon fast 80 Jahre alt sei und staunte über dessen Rüstigkeit. Da sagte Kuhlo: „Heer Reichskanzler, ich habe auch nie geraucht!“ „Ich auch nicht,“ erwiderte der Kanzler. „Ich habe auch nie Alkohol getrunken!“ sagte Kuhlo weiter. „Ich auch nicht,“ erwiderte Hitler. „Ich esse aber auch fast gar kein Fleisch!“ „Tue ich auch nicht!“

Pastor Kuhlo blieb noch einige Wochen in Berchtesgaden. Vor seiner Abreise stieg er mit mehreren Schwestern von Bethel, die in Berchtesgaden ein Heim haben, zum Obersalzberg hinauf. Die Schwester des Führers empfing sie und teilte ihnen mit, daß ihr Bruder am nächsten Tage kommen würde. Aber dann sei er so ermüdet, daß er nichts als Ruhe haben wolle. Danach aber sei er immer völlig erfrischt. Die Schwestern verließen wieder das Berghaus, nach einigen Tagen aber kam der telefonische Anruf von Hitlers Schwester, sie möchten heraufkommen und ihren Bruder mit einigen Liedern überraschen; der würde sich bestimmt sehr darüber freuen. Gern folgten die Schwestern dem Rufe und sangen im Garten vor dem Haus ihre Lieder. Da kam auch schon der Kanzler, begrüßte sie und lud sie in sein Heim ein. Natürlich war das den Schwestern eine große Freude, zumal sie ergriffen waren von der Schlichtheit und Güte des Kanzlers, mit der dieser ihnen begegnete. Sie betraten das Heim und sahen voll Erstaunen an der Wand die Bilder von Friedrich dem Großen, Luther und Bismarck hängen. Da sagte Adolf Hitler:

„Das sind die drei größten Männer, die Gott dem deutschen Volk geschenkt hat. Von Friedrich dem Großen habe ich die Tapferkeit gelernt und von Bismarck die Staatskunst. Der größte von den dreien ist Dr. Martin Luther, denn er hat die Einheit der deutschen Stämme erst dadurch ermöglicht, daß er ihnen durch seine Verdeutschung der Bibel eine gemeinsame Sprache schenkte. Seit ich hörte, daß Bismarck an jedem Morgen die Losungen der Brüdergemeine gelesen habe, tue ich das auch. Ich kann Ihnen versichern, daß mir bei allen wichtigen Entscheidungen, die ich treffen muß, die Tageslosung der Brüdergemeine wertvoll geworden ist.“

Eine Schwester konnte es sich nicht versagen, zu fragen: „Herr Reichskanzler, woher nehmen Sie den Mut zu den großen Umgestaltungen im ganzen Reiche?“

Da zog der Kanzler aus seiner Tasche das Neue Testament Dr. Martin Luthers, dem man ansah, daß es viel benutzt wurde, und sagte ernst: „Aus Gottes Wort!“

Wagner - Marées - Hildebrand

Halbjuden in der deutschen Kunst

Arnold Zweig schreibt im Februar-Heft der in Amsterdam erscheinenden, von Klaus Mann geleiteten Zeitschrift „Die Sammlung“ über das durch die Arier-Gesetzgebung in Deutschland aktuell gewordene Thema „Halbjuden“. Er erwähnt die vielumstrittene Frage von der nichtarischen Abstammung Richard Wagners und analysiert als deutsche Halbjuden den genialen Maler Hans v. Marées, den berühmten Münchener Plastiker Adolf v. Hildebrand, den Dichter Paul Heyse. „Alle drei“, so sagt Arnold Zweig, „stehen unter dem Gesetz der klassisch-mittelmeerischen Form.“ Im folgenden beschäftigt sich die Studie mit dem Halbjuden Chaplin. Arnold Zweig gelangt zum Schluß, daß sehr oft durch Rassenkreuzung „die festgefahreneren Rasseigenschaften aufgelockert werden, zurücktreten, um höheren seelischen und geistigen Neuerweckungen Raum zu geben“.

Adolf v. Hildebrand hat München mit seinen monumentalen Brunnen geschmückt. Bisher galten sie als herrlichste Äußerungen klassizistischer Kunst, die auf bayerischem Boden entstanden sind. In jeder Kunstgeschichte wird Hans v. Marées als echt deutscher Maler gepriesen, der eine Epoche höchster Blüte nach langer Niederung eingeleitet habe.

Wie schwer wird es die neue Generation der Kunsthistoriker mit dem Nachweis haben, daß beide nicht wert sind, den Namen deutsche Künstler zu tragen!

Das Tier steigt auf

Stellen Sie sich vor, ein junger Mann und ein junges Mädchen stehen vor einem Kino und sehen sich die ausgehängten Bilder an, ob sie hineingehen sollen. Da tritt ein SA-Mann zum Mädchen, bittet sie auf die Seite und macht höflich, aber bestimmt darauf aufmerksam, daß der junge Mann seinem Aussehen nach ein Jude sei. In dem besagten Fall war das junge Mädchen selbst jüdisch und der SA-Mann ausnahmsweise höflich, so daß er nach empfangener Aufklärung mit „Heil Hitler“ sich empfahl. Die beiden jungen Menschen aber atmeten auf und waren froh, „daß es diesmal noch so gut abgegangen war“. Stellen Sie sich vor: ein Land, in dem man schon so bescheiden geworden ist; in dem man sich also schon gar nichts mehr dabei denkt, jedem in eine braune Uniform gesteckten Menschen Rechenschaft über sein Liebesleben geben zu müssen.

Und nun stellen Sie sich einen anderen Fall vor, der mindestens so typisch wie der oben geschilderte ist: ein junges Paar, das sich in keiner Weise auffällig benimmt, sitzt in einem Gartencafé. Plötzlich hält draußen ein Auto. Drei SS-Leute entsteigen ihm, treten an den Tisch des Paares (der ihnen also vorher offenbar genau bezeichnet wurde) und fordern die beiden Leute auf mitzugehen. Was in dem Auto geschieht, überlassen wir Ihrer eigenen Fantasie: wir begegnen dem Paar erst wieder in einem anderen Lokal, diesmal in stark demoliertem Zustand, er mit einem Plakat „Ich habe die deutsche Rasse geschändet“, sie: „Ich habe mich mit einem Jordanpantcher eingelassen“. Eine geifernde Menge begrüßt die beiden, zwingt sie „Heil Hitler“ zu rufen, spuckt sie an, zerzt an den Kleidern. Lüsterne Augen, gierige Hände greifen nach den gequälten Opfern, die durch ein halbes Dutzend Lokale geschleppt werden.

Oder die Frau, der man eine Kindesmißhandlung vorwirft, wird auf ähnliche Weise derart körperlich und seelisch gemartert, daß sie am nächsten Tag, mit vom Wahnsinn verglasten Augen, in eine Nervenheilanstalt überführt werden muß. Und die Zeitung bringt ihr Bild, zu Ansporn und Nachahmung. Und zahllose Zeitungen Deutschlands bringen täglich eine Rubrik mit Namen und Adressen von „rassenschänderischen“ Liebesverhältnissen. Das Verbot der Pranger tafeln soll nur Herrn Pilatus Hitler ermöglichen, seine Hände in Unschuld zu waschen.

Wer selbst einmal eine solche Straßenszene mitgemacht hat, wer die Lippen dieser entfesselten Weiber und Männer in sadistischer Gier zittern sah, der erschrickt davor, wie dünn die Kruste der Zivilisation über diesen tierischen Trieben liegt. Unsägliche Not vieler Jahre hatte die Fesseln der in Jahrhunderten gebändigten Triebe gelockert: eine skrupellose, die Schwäche ihrer Stützen verspürende Tyrannenherrschaft hat sie systematisch freigelegt. Denn man sage doch nicht, jede sich in revolutionären Formen vollziehende Bewegung wirble auch solche Instinkte auf. Nein, hier bedient sich die letzte barbarische Herrschaftsmethode einer untergehenden Gesellschaftsordnung dieser dunklen Kräfte zu ihrer Erhaltung, wie je und je die Neros in der Geschichte taten.

Jahrzehnte wird es einst dauern, bis diese einmal entfesselten Triebe wieder eingedämmt werden können: So wird dieses verwesende System auch noch unsere, die sozialistische Weltordnung, die es nach unserem Willen ablösen soll, mit seinem schrecklichen Erbe belasten. H.

Kleine Kostprobe

Ueber den ermordeten Professor Theodor Lessing und den in allen zivilisierten Ländern hochgeachteten Sexualforscher Dr. Magnus Hirschfeld heißt es in einer mit dem Hitlerbild geschmückten Nazibrochure: Theodor Lessing empfahl aufs angelegentlichste das Buch eines ausländischen Zuhälters, das eine einzige Sammlung von Zoten ist. Hirschfeld entfaltet eine maßlose und schamlose Propaganda der Perversitäten aller Art, angefangen von der Homosexualität und geendet mit dem Lustmord, der nicht mehr als ein Verbrechen, sondern als eine interessante Abart des Geschlechtstriebes hingestellt wird.

Die Deutschen, die Deutschen!

Adolf Hitler:
„Was nicht gute Rasse auf dieser Welt ist, ist Spreu.“
Preußische Jahrbücher, Januar 1934:
„Wollte man die Schwarzen fragen, wen sie zu Herren haben wollen, sie würden weit über die Grenzen unsrer alten Schutzgebiete hinausrufen: „Die Deutschen! Die Deutschen!“

Zeit-Notizen

„Drittes Reich“ und „drittes Haus“

Herr Dr. Anselm Lippisch schreibt im „Völkischen Beobachter“: „Das „dritte Reich“ und sein Führer sind eine sicherere Aussicht auf die Zukunft als die günstige Konstellation von Uranus und Jupiter im „dritten Haus“.“

„Nationale Pflicht“ für Stuten

Der Generalsekretär der Obersten Behörde für Vollblut- und -Rennen, Rittmeister a. D. Altenberg, erklärt: „Jeder Vollblutzüchter muß es als seine nationale Pflicht und als im Sinne des nationalsozialistischen Aufbauwerkes betrachten, wenn er allen Miesmachern zum Troß jede Stute, die zur Zucht geeignet ist, in diesem Jahre decken läßt.“

Werfels neuer Roman verboten...

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 wurde der neue Roman Franz Werfels „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ verboten. Der Roman ist im Verlag Paul Zsolnay erschienen. Die vorsichtige, allzu vorsichtige Zurückhaltung Werfels hat den erwarteten Erfolg nicht gehabt.

Zur Programmdebatte in der Sozialdemokratie

Siegfried Aufhäuser und Heinrich Mann — Gegen und für den Parteilaufruf

Bemerkungen

zum Aufruf des Parteivorstandes

Von S. Aufhäuser

Nach der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung zeigte sich alsbald in wachsendem Maße das Bedürfnis nach politischer Neuorientierung. Es ist auch erklärlich, daß in einer Periode faschistischer Diktatur, die Sozialisten von jeder aktiven Teilnahme am politischen Geschehen ausschaltet, das Diskutieren der Genossen einen wesentlichen Bestandteil ihres politischen Lebens von heute bilden muß. So bemühen sich heute die besten Teile der deutschen Arbeiterklasse, eine Analyse der politischen und ökonomischen Situation zu finden, den Weg zur Macht zu erörtern und eine konkrete Vorstellung vom Ziel der kommenden Kämpfe zu gewinnen. Es wäre durchaus verständlich und wünschenswert gewesen, wenn sich auch die Zentrale der SPD. in Prag an diesem Suchen nach neuen Wegen beteiligt hätte. Dagegen muß es als eine völlige Verneinung des Aussprache-Bedürfnisses angesehen werden, wenn der Parteivorstand geglaubt hat, das geistige Ringen nach Neugestaltung mit einem neuen Parteilaufruf bereichern zu sollen. Es kommt wohl in diesem Stadium der Selbstkritik, der Selbstverständigung, des Prüfens und Suchens nach dem richtigen Weg nicht so sehr darauf an, den von der deutschen Katastrophe erschütterten Menschen sofort irgend einen mit Mehrheit beschlossenen und geformten „fertigen Standpunkt“ eines Parteivorstandes zu servieren, als vielmehr darauf, den Prager Apparat in den Dienst des schwierigen Klärungsprozesses zu stellen.

Die Veröffentlichung vom 28. Januar ist vom Parteivorstand unterzeichnet und es heißt dort:

„Die Führung ist sich dabei bewußt, daß sie der ständigen Mitwirkung und Beratung der Leiter der illegalen Gruppen bedarf.“

Diese selbst erteilte Legitimation zur Führung der revolutionären Bewegung ist ebenso verfehlt, wie die Form des Manifests unangebracht war.

Der Führungsanspruch des PV. kann weder aus der Vergangenheit, noch aus seiner gegenwärtigen Tätigkeit begründet werden.

Die Prager Zentrale kann weder die Absicht haben, die repräsentativen Aufgaben des früheren Berliner PV. übernehmen zu wollen, noch sollte sie versuchen, mit Aufrufen die parteimäßige Propaganda erneuern zu wollen. Sie sollte vielmehr ihre neue und große Aufgabe darin sehen, eine Willenszentrale zu werden, um mitzuhelfen an der programmatischen Neugestaltung und an der Gestaltung einer neuen Führung.

Nur im Meinungsaustausch über eine Plattform der kommenden Bewegung und in der innerdeutschen Bewegung illegal wirkender Kräfte werden sich die zur künftigen Führung berufenen jungen Kräfte zeigen und bewähren können.

Ein Aufruf mit für seine Verfasser ungewohnten Formulierungen reicht nicht aus, um ein ungewöhliches Vertrauen zu der sich selbst präsentierenden Führung zu schaffen. Eine solche plöglig gemachte Veröffentlichung wird vor allem ihre Wirkung verfehlen müssen, wenn die übrigen literarischen Erzeugnisse eines gleichen revolutionären Elans ermangeln.

Wenn der Phönix aus der Asche des Reformismus emporsteigt, um sofort ins Revolutionäre fliegen zu wollen, so mag das interessant sein, aber die Erneuerung, um die es in der Arbeiterbewegung geht, sollte weniger plöglig und überraschend sein, als vielmehr historisch fundiert.

Eine solche historische Betrachtung aber fehlt in dem Manifest gänzlich. Es beginnt mit dem 30. Januar 1933 als wenn wir darauf verzichten könnten, die weiter zurückliegenden Ursachen für die Aufwärtsentwicklung des deutschen Faschismus zu untersuchen.

Wenn sich die Massen, deren Vertrauen für eine kommende Bewegung erst gewonnen werden muß, in diesem Aufruf zu rechtfinden sollen, dann bedarf es einer objektiven Würdigung der geschichtlichen Vorgänge seit 1918 und seit 1914. Das Versprechen, alles diesmal anders machen zu wollen, muß von der Erkenntnis getragen sein, warum die reformistische Politik der Vergangenheit zu Rückschlägen geführt hat. Die Versicherung, daß historische Fehler in der neuen Situation nicht wiederholt werden können, ist zu wenig. Die einleitenden Bemerkungen des Aufrufs, die ganze 13. Zeilen umfassen, enthalten einige Schlagworte von der „Knechtschaft“ und der „Gesichtslosigkeit“ der faschistischen Despotie, ohne auch nur den Versuch einer Erforschung des Wissens des Faschismus zu unternehmen. Die Erneuerung der Arbeiterbewegung verlangt es aber, daß wir uns mit den soziologischen Antriebskräften des Faschismus eingehend befassen.

Die leichte Form des Aufrufs hat es auch mit sich gebracht, daß der PV. auf jede Analyse der Krise im Kapitalismus verzichten zu können glaubt. Der Zusammenhang zwischen dem aufkommenden Faschismus und dem verfallenden Kapitalismus muß in allen Einzelheiten aufgezeigt werden, wenn nicht der grundlegende Fehler von 1918 schon am Anfang unserer Betrachtungen wiederum einreißen soll, nämlich daß die ökonomische Fundierung unseres politischen Vorgehens fehlt. Unsere ganze Stellung zur Anwendung demokratischer Mittel steht und fällt mit der Auffassung, die wir von der Struktur des Spätkapitalismus haben.

Die unhistorische Betrachtungsweise in dem Manifest und der Verzicht auf eingehende sachliche Selbstkritik vermindern auch den Wert der brauchbaren Teile des Aufrufs. Diese Mängel werden nur zu korrigieren sein, wenn man auf propagandistische Wirkung eines Aufrufs in diesem Augenblick verzichtet und nach einer Diskussionsgrundlage sucht, die eine erschöpfende Behandlung des Gesamtproblems ermöglicht. In einer solchen Plattform würde wahrscheinlich auch neben der Staatsform der soziale Inhalt des revolutionären Staates weit mehr, als es hier geschieht, zur Geltung kommen.

Demokratie

Neben vielen Einzelheiten, die heute nicht erörtert werden sollen, wird die Behandlung der parlamentarischen Demokratie als Gradmesser für die machtpolitische Bedeutung dieses Manifests angesehen werden dürfen. Es herrscht keine Meinungsverschiedenheit, daß in Ländern, die eine vorhandene Demokratie zu verteidigen haben, dafür alle Mittel angewandt werden müssen und es soll auch nicht bezweifelt werden, daß in Deutschland eine brennende Sehnsucht nach Freiheit besteht. Aber ebenso sicher ist, daß die Totalität des faschistischen Staates nur vom absoluten Willen des arbeitenden Volkes nach der Macht im Staate abgelöst werden kann. Im heutigen geschichtlichen Stadium der Klassenkämpfe in Deutschland kann es nicht genügen, alle Demokratie unverändert in der Schaffung eines aus gleichen, geheimen direkten und allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Parlaments sehen zu wollen. Die demokratische Selbstbestimmung des Volkes ist vielmehr an zwei wesentliche Voraussetzungen gebunden, einmal daß die Träger des Staates die arbeitenden Menschen sind und zum anderen, daß die Feinde des Sozialismus, das sind auch die Feinde der Kopf- und Handarbeiter, keine Möglichkeit haben dürfen, unter Mißbrauch der parlamentarischen Demokratie die Existenz eines werdenden sozialistischen Gemeinwesens zu unterhöheln. Es muß deshalb nach den Erfahrungen von 1918/19 merkwürdig anmuten, wenn bereits im ersten Manifest für den Kampf um den revolutionären Sozialismus die Propaganda für die Einberufung einer Volksvertretung nach allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlen einsetzt. Wir sollten den Mut haben, im Ringen um die soziale Demokratie, auch den Begriff der Demokratie zu definieren, d. h. die formale Demokratie durch die Demokratie aller Träger der Arbeit zu ersetzen.

In der im Manifest gegebenen Fassung ist grundsätzlich gegenüber der Haltung von 1918 kein Unterschied festzustellen, selbst wenn diesmal die konstituierende Nationalversammlung einige Wochen später als damals stattfinden soll.

Verfassung im revolutionären Staat

Während das Manifest bereits die Einberufung der parlamentarischen Volksvertretung nach allgemeinen Wahlen vorsieht, fehlt jede demokratische Vorsorge dort, wo es sich um den Aufbau der politischen und wirtschaftlichen Verfassung im revolutionären Staate handelt. Es ist wohl einmal von einer Planstelle die Rede, die völlig in der Luft hängt. Die Erinnerung an 1918 sollte uns veranlassen, statt der formalen Parlamentsdemokratie die Konstruktion einer demokratischen Räteverfassung aufzuzeigen, deren Ausgangspunkt in den Betrieben liegen muß. Hier hätten manche Gelegenheit, im Rahmen einer Arbeiterdemokratie ihre demokratischen Leidenschaften auszutoben.

Alle diese Probleme müssen diskutiert werden, bevor die Zeit für Parteilaufrufe gekommen sein kann. Je weniger diese große historische bedeutsame Diskussion durch Parteigebundenheit belastet wird, umso ergiebiger wird sie sein. Es geht in den kommenden Entscheidungen nicht um die Reorganisation einer Partei, sondern um das Werden einer einheitlichen neuen Arbeiterbewegung. Die vorhandenen Stellen der Arbeiterparteien aus dem vorkaschistischen Deutschland erfüllen ihre Mission, wenn sie sich zur Gestaltung der neuen Bewegung zur Verfügung stellen. Wir brauchen eine schonungslose Erforschung der Vergangenheit, ein objektives Bild des heutigen Deutschland und den Willen zur Macht der Arbeit in Staat und Wirtschaft. Nur so kann das deutsche Proletariat das Vertrauen zur eigenen Kraft zurückgewinnen und für seine Freiheit kämpfen.

Revolution und Einigkeit

Von Heinrich Mann

Mit dem neuen revolutionären Programm der Sozialdemokratie bin ich in den meisten Punkten einverstanden. Als der für die nächste Zeit wichtigste Satz erscheint mir dieser: „Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist . . . der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär.“ Hiervon dürfen indes nicht nur die Sozialdemokraten überzeugt sein. Auch alle anderen Sozialisten müssen denselben Glauben und festen Willen haben, sonst fände die entscheidende Stunde sie unvorbereitet.

Ich empfehle vor allem Verhandlungen mit dem Ziel der unbedingten, restlosen Einigung. Das neue revolutionäre Programm Ihrer Partei wäre dabei als Mindestprogramm zu betrachten.

Nach meiner Natur und Tätigkeit war ich immer durchdrungen von der alles andere übertreffenden Bedeutung des geistigen Kampfes. Sein Ergebnis bestimmt auch die Wirtschaft, nicht umgekehrt. Denn der Mensch ist zum Menschen geworden, nicht, seitdem er eine Wirtschaft hat, sondern als er zu denken anfing. Das neue revolutionäre Programm macht mir ganz den Eindruck, als ob es von dieser Voraussetzung ausgeht, und das ist mir eine wahre Genugtuung.

Wir haben allerdings damit zu rechnen, daß der Mensch als denkendes Wesen trotz allem noch in den Anfängen steht. Sein Denken bleibt meistens schwach und unzuverlässig; wie wären sonst Rückfälle in die barbarische Wiedervergnunft möglich und das wird jetzt erlebt! Man darf daher nach dem Sieg der sozialistischen Revolution nicht tun, als wäre dann plöglig die ganze Nation endgültig gewonnen und auf die höchste Stufe gehoben. Das Programm sagt richtig: „Erst nach der Sicherung der revolutionären Macht . . . beginnt der Aufbau des freien Staatswesens.“

Dringend möchte ich zu bedenken geben, daß die revolutionäre Macht durch Zerstörung der gegenrevolutionären Machtpositionen noch längst nicht gesichert sein kann.

Das schlechte Erlebnis des „dritten Reiches“ ist damit aus den Menschen nicht ausgetrieben. Vorher, unter der Weimarer Republik, waren sie meistens überzeugungslose Mit-

läufer. Seitdem erlernten sie in der Schule des Nationalsozialismus ein Uebermaß an Schändlichkeit. Das geht leider schnell und verhältnismäßig mühelos, während jeder sittliche Erfolg vieler Mühe und Geduld bedarf. Die revolutionäre Macht wird erst dann gesichert sein, wenn die Deutschen eine gesicherte moralisch-politische Erziehung haben. Den einen ist sie heute in Vergessenheit geraten, andere aber haben sie noch niemals besessen.

Das neue revolutionäre Programm bestimmt die Einheitschule und die Auslese der für die Studien begabtesten Schüler. Das ist eine gebieterische Notwendigkeit auch im Politischen und im Sittlichen. Man kann nicht sofort allen die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung, das aktive und das passive Wahlrecht geben, ganz gleich, ob jemand während des „dritten Reiches“ sein besseres Menschentum behauptet oder es dem augenblicklichen Vorteil aufgeopfert hat — nicht erst zu reden von denen, die sich während dieser Zeit mit Genuß in der Gemeinheit gewälzt haben.

Man halte sich nicht an noch so wünschenswerte theoretische Voraussetzungen, wie die Gleichberechtigung, sondern immer nur wirkliche menschliche Tatsachen. Die Gleichberechtigung aller ist das Ziel, aber sie muß erst geschaffen werden durch Erziehung. Keine Klassendiktatur; sondern das Vorrecht der schon Erzogenen, bis die Uebrigen nachgerückt sind!

Die Ideen der gesamt-europäischen Gesittung, auf die das Programm der Sozialdemokratie sich beruft, sind den Deutschen nicht in Fleisch und Blut übergegangen; wenigstens einem so großen Teil von ihnen nicht, daß der Nationalsozialismus mit allen seinen Lügen und Verbrechen denkbar werden ja sogar die unflätigste Verwirklichung finden konnte. In den Deutschen müssen befestigt werden die Ideen unserer Gesittung, das geht allem anderen vor, und ohne daß dies voranginge, wäre alles andere umsonst. Die Ideen unserer Gesittung haben ihre Herkunft in der Antike und in Christentum; beide werden lebendig und wirksam bleiben. Ein Staat, der die ganze Gesittung umfassen will, scheidet das Christentum nicht aus, er trennt sich nicht von der Kirche.

Die Trennung von Staat und Kirche ist in den Entwürfen des neuen revolutionären Programms übernommen, weil man von früher her die Geistlichen für Diener der herrschenden Klassen hält. Sie könnten es aber höchstens in demselben Zahlenverhältnis sein, wie die Richter oder die Professoren oder alle anderen. Nun zeigen die Ereignisse, daß sie es viel weniger sind als alle anderen.

Eine überraschend große Menge von Geistlichen kämpft jetzt für Christus als Sinnbild der menschlichen Gesittung. Sie wagen Freiheit und das Leben: Wer tut das sonst von den Intellektuellen des Landes?

Hätten auch von diesen siebentausend sich so verhalten wie die Pfarrer, vielleicht wäre die ganze Hitlererei nicht. Der sozialistische revolutionäre Staat wird sie von seinem Wert überzeugen müssen, dann kann er die besten in seiner Staatskirche vereinen.

Er wird doch auch seine Richter auswählen. Er ist ferner gehalten, seine Professoren auf ihre sittliche Eignung zu prüfen. Außerdem möge der künftige Staat die Pressefreiheit anders verstehen, als die erste Republik sie verstand. So geht es nicht wieder, daß die gelesesten Zeitungen die große Masse gar nicht bessern, sie höchstens befriedigen wollen. „Als Leser sind uns die Nazis so lieb wie jeder andere.“ äußerte einer der Leiter eines demokratischen Konzerns 1931, aber 1933 mußte er flüchten. Das Zeitungsgeschäft hat nichts zu tun mit Pressefreiheit. Uebrigens dringen sehr große Organe in die Menge des Volkes nicht wirklich ein; sondern kleine aber tief wahre Organe wirken nachhaltig auf bestimmte Abschnitte des Volkes. Die demokratische Erziehung vollzieht sich gruppenweise und staffelweise, in eng begrenzten Wahlkreisen, von Mensch zu Mensch.

Demokratie, sozialistische Demokratie, ist nur dort erreichbar, wo man einander sieht, kennt, verstehen lernt, und wo die gegenseitige Achtung zunimmt.

Massenaufmärsche sind nicht sozialistisch, nicht demokratisch. Wo riesige Führerbildnisse an den Häusern und quer über die Straße hängen, da sollen Massen eingefangen, aber nicht überzeugt werden. Eine Volkseinheit ist leer und ist erschwindelt, wenn sie hergestellt wird durch Rundfunkreden, die jeden im Land erfassen. Alles Mechanische, dies will ich sagen, ist verwerflicher Unfug, wo es darum geht, Menschliches zu pflegen und es dem vornehmsten Menschentum anzunähern. Die betrachte ich als das — weit gesteckte — Ziel der sozialistischen Demokratie. Ziele müssen bekanntlich sehr anspruchsvoll sein, damit es überhaupt vorwärts geht. Im Sittlichen ist es so.

Für alles hier Vorgebrachte finde ich in Ihrem neuen revolutionären Programm die Grundlage und Gelegenheit; sonst hätte ich mir nicht erlaubt und hätte auch für unnütz gehalten, es zu sagen. Die Sozialisten werden ihr Programm verwirklichen vorausgesetzt, daß sie einig sind. Sie werden dann sogar früher in die Lage kommen zu handeln, als wenn das „dritte Reich“ nicht gewesen wäre. Der Nationalsozialismus ist wider Willen berufen, den Hochkapitalismus abzukürzen; wir wissen es. Falls ich dann noch da wäre, möchte ich mitarbeiten und besonders an einer Stelle fortfahren, wo ich im Augenblick der Katastrophe abbrechen mußte. Es war ein Schullesebuch, das mich und mehrere andere Mitglieder der Preußischen Akademie der Künste beschäftigte. Es sollte endlich vom Volk und nicht mehr von den früheren Fürsten handeln, und es sollte die Arbeit und die Freude freieren, anstatt des ewig ergebnislosen Schlichtgemetzels. Wir dachten es uns als Einheits-Lesebuch für die preußischen Schulen; aber das ging erstens nicht, denn jede Provinz mußte das ihre haben und behalten. Außerdem sahen die Ministerialräte, von deren guten Willen wir abhingen, das „dritte Reich“ kommen und wünschten auch dann ihre Plätze zu bewahren. Darum erschien unser Lesebuch nie.

Dies ist nur ein unscheinbares Glied aus der endlosen Kette der Tatsachen, die beweisen, daß das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht nur sozialistisch, daß es auch revolutionär sein mußte.

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Der pont du Carrousel wird demnächst verbreitert, was drei Jahre Arbeit erfordert. Der Stadtrat hat dem Neubau einer Brücke neben dem Viaduct von Auteuil (Boulevard Exelmans, schräg gegenüber der Citroen-Fabrik) zugestimmt.

In der Pariser Presse wird das Wiederaufleben der Orchestermusik in vielen Pariser Boulevard-Cafés festgestellt.

Der bekannte Mäzen und Kunstsammler David Weill wurde in die Akademie des Beaux-Arts gewählt.

Die erste Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Journalisten in der Emigration hat unter dem Vorsitz Georg Bernhards stattgefunden.

Die Tagesordnung der Mitgliederversammlung der deutschen Liga für Menschenrechte am Mittwoch behandelt u. a. das Thema: „Liga und Hitler“.

Ersatzwahl zum Stadtrat in Bayonne

Die Gemeindeersatzwahl in Bayonne, die am Sonntag stattfand, war dadurch herbeigeführt, daß fünf Stadträte starben und sechs weitere infolge des Stavisky-Skandals ausschieden. Die Haft des Bürgermeisters Garat, der dabei im Hintergrunde steht, ist verlängert worden, womit das Bayonner Stadthaupt übrigens dermaßen gerechnet hatte, daß es zu der Beschlussfassung gar nicht erschien, sondern in seiner Zelle blieb.

Bei der Ersatzwahl sind vier Listen im Kampf: erstens die Liste der republikanischen Rechten, zu der drei der sechs zurückgetretenen Stadträte, die Radikalsozialisten sind, übertraten. Führer dieser Liste ist der Chirurg Laforeade. Zweitens die Radikalsozialisten, drittens die Altsocialisten mit einem pensionierten Lehrer namens CaCarrier. Viertens die Kommunisten mit ihrem Gauleiter Barroumes. Zum Ueberfluß hat sich auch noch ein Kriegsbeschädigter „aus verletztem Vaterlandsgefühl“ selbst aufgestellt.

Das Geheimnis des roten Autos

Das Geheimnis des roten Autos, dessen Insassen im belebten Marseille auf die Polizei geschossen haben, ist noch nicht gelichtet.

Der Docker Théodore Liotardo, Eigentümer dieses Autos, der sich, wie wir meldeten, in der Zelle erhängt hat, war Besitzer einer Bar in dem Pariserer Nachbarnviertel. Seine Frau bediente die Gäste, während er, geschützt durch seinen Vater, einen Zwischenmeister, auf den Docks arbeitete. Indessen ließ in letzter Zeit der Umsatz der Bar sehr zu wünschen übrig. Liotardo wollte die Kneipe verkaufen, und seine Frau eine Stelle als Concierge in einer Knabenschule annehmen.

Das rote Auto kaufte der Docker erst in letzter Zeit durch ein Gelegenheitsgeschäft. Er erregte damit bei seiner Kundschaft und den Nachbarn nicht geringes Aufsehen.

Die Frage, ob Liotardo vor seinem Tode Geständnisse abgelegt hat und welche, bewegt stark die Öffentlichkeit.

Verhaftet wurde, wahrscheinlich auf Grund dieser Angaben, „der Verrückte“, das ist ein ebenfalls Liotardo geheißener Vetter des Toten. Dieser gewalttätige Mensch wurde erst vor wenigen Monaten aus der Irrenanstalt entlassen und soll drei Menschenleben auf dem Gewissen haben, darunter eine Frau und ein Kind. Dieser „verrückte Vetter“ leugnet aber alles.

Die Ausdauer der Chauffeure

Die Pariser Zeitungen sind seit Donnerstag, dem 15., dem taxenlosen Tage von Paris, mit Klagen über die wirtschaftlichen Schäden angefüllt, die der Streik gegen die Benzinsteuern anrichtet. Besonders die Einnahmen der Theater und Vergnügungstätten sind gewaltig gefallen, weil die Taxen nicht verkehren. Unter den 25 000 Streikenden befinden sich bekanntlich auch zahlreiche kleine Wagenbesitzer.

Kunst und Mikrophon

Ein Vortrag Selmar Megrowitz

Als Mikrophon-Meister ist Selmar Megrowitz, ein Meisterkünstler Reineskes, Jadasohns und Max Bruchs ein in Karlsruhe und Neuzork zur Bühne gekommen. 1906 hat ihn Angelo Reumann als einen in jener stolzen Reihe, der auch Busch und Biech angehören, für Prag „entdeckt“. Die dann folgenden achtzehn Jahre haben ihn in aufsteigender Linie auf leitenden Posten deutscher Musikzentren gesehen. Die Hamburger Wirkungszeit war wohl die längste gewesen sein; zuerst als Theaterdirigent, dann als Konzert- und Konservatoriumsleiter, schließlich nach mehrjähriger Pause als Generalmusikdirektor des Rundfunks. Aber auch Leipzig und Berlin kennen ihn am Opern- und Konzertpult. Fünf Jahre lang erhielt er, während die „Generäle“ auf Gastspielkonzerten in der Welt herumzogen und doppelte Bezüge einheimelten, zusammen mit dem jetzt in Prag wirkenden Kollegen Georg Szell das Repertoire der Berliner Staatsoper, eine wahrhaft undankbare und nervenaufreibende Arbeit.

Tamais ist er auch schon gelegentlich und bald immer häufiger und interessierter am Rundfunk tätig. In den letzten Jahren wird er dann Mikrophon-Spezialist, als Dirigent verschiedener Sender, als Vetter ausgezeichnete Plattenaufnahmen als Pädagoge für Sänger und Instrumentalisten, die die Geheimnisse der Mikrophontechnik kennen lernen wollen. Er instrumentiert Orchesterwerke um, er richtet sie zur Mikrophonaufnahme so ein, daß die Lautsprecherwiedergabe genau dem ursprünglichen Willen des Komponisten entspricht. Er leitet vor allem dem Gelangsfunkler, mit welchen Veränderungen der sonst in großen Räumen, auf der Bühne und im Konzertsaal angewendeten Stimmgewebe er einen idealen Mikrophontou erreicht.

Es ist ein neues großes Gebiet der Musikpädagogik, das bis jetzt noch kaum bebaut ist und das Megrowitz einem geladenen Publikum dieser Tage im Vortragsraum des Radiolenders „Voix Parisienne“ theoretisch und praktisch in Umrissen vorführte. Eine Reihe von Unterrichtsstunden soll dieser ersten Anregung folgen. Denn schon lange wünschen einflussreiche Pariser Musiker und Intellektuelle eine „Nordmannschule für Mikrophonkunst“ einzurichten. Und da Rabaud der Vater der klassischen Musikhochschule, die nach dem Mittel nicht erlitt, ist, ist das Comité national international de Musique (40, rue de Valenciennes) eingegründet. Es hat Selmar Megrowitz

Tél. Trinité 43-13
Mémo Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten.
Innere Medizin, Augen-, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Rheuma, Diätetik, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Blutharnen u. Geschlechtskrankheiten

b) Chirurgie

Zweistöckiges Sanatoriumsgebäude.
Kleine, mittlere und große Chirurgie. Die allermodernste Einrichtung

c) Geburtshilfliche Klinik

Vierstöckiges Gebäude. Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 3 Hebammen und 7 Operationsstühle

d) Zahnärztliches Kabinett

Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, Brücken, Kautschukarbeiten

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Damenschneider
J. Mastchenko
7, Rue du Marché St. Honoré. Tel. Opéra 72-73
Kleider, Mäntel, Ummantelung, Reparatur

PARIS-ETOILE
8, RUE D'ARMAILLE
CHEZ KORNILOFF
Berühmt durch seine vorzügliche Küche u. seine Spezialitäten. Stark besucht von deutschen Gästen.
Téléphone Etoile 1249

Porte Champerret
Hotel Grill-Room Berthier
173, Bd. Berthier, 66. Larmer 72-67. Möblierte Wohnungen. Alles Komfort. Badzimmer Küche usw. Monatlich und wöchentlich. Nach Wunsch Pension. Mäßige Preise. Métro Champerret. Aut. 5 C. E. 9-bis. CA. BY. 33 X.

Doktor Wachtel
und Doktor Axel
Geschlechtskrankheiten, Männer und Frauen
123, Bd. Sébastopol. — Sprechstunden v. 9-12 u. 2-5 Uhr; Sonntags vormittags
Nase, Hals, Ohren.
Sprechstunden täglich von 5-7 Uhr.

Bakelit-Pressen
jeder Art
Sté Luminité, Paris, 157, Av. Ledru-Rollin
Fachberatung in deutscher Sprache
Telefon Roq. 11-97

Geschäft abzutreten
Wichtige Stadt in dem Dep. von Moselle. Damen- und Herrenkonfektion, Schuhwerk, Stoffe etc. Gute Bedingungen. Zuschuß an Publ. Metz, St. r. Turbigo, Paris, t. Nr. 373

Dr. Spécialiste
96, rue de Rivoli — Métro Châtelet
RADIKALE HEILUNG VON BLUT, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN
Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden. Elektrizität. Impfungverfahren. Trypsin- und Erysipel-Extrakte.
Blut- und Harn-Untersuchungen. Spermakultur, Salvarsan, Wisnium usw.
Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr. Sonntags von 9-12 Uhr.
Konsultationen von 25 Fr. ab.
Mussaprichtdeutsch

Besitzer
eines bedeutenden Landgutes in der Provinz sucht stillen oder tätigen Teilhaber mit Kapital für die Exploitation. Zuschrift an Waller La Luz, Var.

Heimweh nach Afrika

Ein seltsamer Freund der Abenteuer und der afrikanischen Sonne ist der Elsässer Alphonse Siegel. Dieser Mann mit dem „Sinn ins Weite“ diente erst drei Jahre bei der Flotte, dann verdingte er sich für fünf Jahre beim 1. Regiment der Fremdenlegion. Aber die Zeit verlief ihm zu schnell; kaum hatte er seine fünf Jahre „auf dem Buckel“ und konnte als „Schwaps“ gehen, so verdingte er sich erneut wieder, diesmal auf vier Jahre beim 21. Regiment der Kolonialinfanterie.

Das war 1930: Das Regiment stand in Colomb-Bechar. Aber hier traf ihn eine große Enttäuschung: sein Bataillon wurde nach Paris in die Kaserne Clignancourt verlegt.

Siegel reichte das Gesuch ein, in Afrika, der Stätte seiner Sehnsucht, bleiben zu können. Aber die Antwort verzögerte sich. Was tun? Kurz entschlossen flüchtete Siegel am 3. Mai 1931 und ließ sich unter falschem Namen für das 3. Regiment der Fremdenlegion in Fez wieder anwerben.

Indessen, die Geschichte kam heraus und der Freund der heißen Zone erschien jetzt, fern von Afrika, vor dem Militärgericht zu Paris wegen Fahnenflucht.

Vor dem Militärgericht setzte der Unverwundliche auseinander, daß ihm das Leben in der Kaserne zu langweilig sei. Für ihn, einen Mann mit elf Dienstjahren und neun Feldzügen, sei das nichts.

Die Militärrichter wurden denn auch durch so viel Liebe zum afrikanischen Sand gerührt und sprachen den Fremdenlegionär frei.

Die Rückvergütungen der Konsumvereine steuerfrei

Die französischen Genossenschaften haben es erreicht, daß die Rückvergütungen, die sie ihren Mitgliedern machen, steuerfrei bleiben. Ursprünglich sollten sie nach dem neuen Steuergesetz einer Abgabe unterliegen. Jetzt hat die Regierung sich vor dem Finanzausschuß der Kammer dem Standpunkt der Genossenschaften angeschlossen.

Feinste jüdische Selchwaten- und Wiener Bäckerei-Geschäfte Patis

58, AVENUE WAGRAM, Tel. Carnot 27-63
58, RUE DE PASSY, Tel. Auteuil 33-61

wie als Professor in seinen Lehrkörper aufgenommen und wird in aller nächster Zeit bereits mit theoretischer und praktischer Mikrophonlehre beginnen.

Ein wirklich neuer und zusätzlicher Arbeits- und Unterrichtsgegenstand, den Paris als neue Weltmusikzentrale an sich zieht. Man muß Megrowitz, dem erfahrenen und liebenswerten Künstler vollen Erfolg für seine Bestrebungen wünschen. P. B.

Ein berühmter Pianist spielt für Flüchtlinge

Das Komitee National soll, wie bekannt, aufgelöst werden. Man kann darauf, durch Erfindungsgründungen und Unterbringung der Flüchtlinge in zusätzlichen Arbeitsstellen zu helfen. Dazu müssen neue Geldquellen geschaffen werden. Die deutsche Kommission, die seit einigen Wochen im Komitee arbeitet, versucht es mit künstlerischen Veranstaltungen.

Für deren erste hat sich der berühmte Wiener Pianist Josef Lheist, der soeben von einer Amerika-Tournee zurückgekehrt ist und sich bei Montevideo bereits als Chopin-Interpret einen außerordentlichen Erfolg erzielte, zur Verfügung gestellt. Der Plan, reiches Auslandspublikum und vor allem den noch wohlhabenden Teil der Emigration selbst mit diesen Veranstaltungen für das Winterhilfswerk heranzuziehen, ist ausgezeichnet.

Mit solchen Gedanken beschäftigt, hört man Beethoven, Chopin, Mendelssohn, Liszt, ein fast unbegrenztes Programm, das durch Jagaden noch in die Länge gezogen wird. Rosenfeld ist heute Aulana der 70. Die Jüngeren wissen nur noch aus Berichten, daß dieser Viat-Schüler einmal ein temperamentvoller Virtuose gewesen ist. Auch heute bewundert man noch seine märchenhafte Technik, die manches — bei Chopin und etwa in den eigenen Kompositionen Rosenfelds — erstaunlich schön gelingen läßt. Man dankt dem hochberzogenen Mann am Flügel, der einer der wenigen noch lebenden Repräsentanten eines verklingenden Wien ist, das gerade in diesen Tagen endgültig verflungen ist. Wird der Künstler jetzt in seine Heimat zurückkehren, wird er die Stadt, in der Arbeiterblut in Strömen geflossen ist, wird er die zerstückelten Häuser die uniformierten Menschen noch wiedererkennen? — „Nouvelles sources de Vienne“ heißt das letzte Stück dieses Klavierabends, eine Fantase Rosenfelds über die berühmten Walker von Johann Strauß. Vorbei, vorbei. Wo wird Rosenfeld, der 70-jährige, das nächste Mal für die neue österreichische Emigration spielen? P. B.

Kinos

- Actualités L'Auto (31, Bd. des Italiens). Wochenschau-Programm. Galawoche. 33jähriges Jubiläum der Zeitschrift „L'Auto“. Eine Auswahl von Mickey-Mouse-Trickfilme und Sally-Sinfonien in Farben. Der Match Deglange gegen Malcievitz (Ringkampf). (Von 10 bis 2 Uhr nachts.)
- Agriculteurs (8, rue d'Athènes). The Story of Temple Drake (Miriam Hopkins), amerikanische Originalfassung (Täglich 15 u. 21; Sbd., Sonnt., Figs. 14.30, 17, 21.)
- Bonaparte (Place St-Sulpice). Madame Bovary (Valentine Tessier), ein Film von Jean Renoir. (Täglich 15 und 21, Sbd., Sonnt., Figs. 14.30, 17, 21.)
- Champs-Elysées (118, av. des Champs-Elysées). As you desire me (Greta Garbo und Erich v. Stroheim), amerikanische Originalfassung mit französischen Untertiteln. (Täglich ununterbrochen von 14.30 bis 19; Sonnabends und Sonntags von 13.45 bis 20.15.)
- Cine-Opéra (32, av. de l'Opéra). Madame Bovary (Valentine Tessier), ein Film von Jean Renoir (Täglich ununterbrochen von 14 bis 20; abends um 21.)
- Colisee (38, av. des Champs-Elysées). Melody Cruise. (Täglich ununterbrochen von 14.30 bis 19.30; Abendvorstellung 21.)
- Ermitage Club Ursulines (72, av. des Champs-Elysées). Les Sans-Soucis (Pack up your troubles) mit Laurel und Hardy. (Täglich von 15 bis 21 Uhr; Sonnabends und Sonntags 14.30, 17, 21 Uhr.)
- Madeleine (14, rue de la Madeleine). Esquimaux (ein Film von van Dyke), amerikanische Originalfassung, französische Untertitel. (Tageskino von 14 Uhr ab.)
- Mesange (3, rue d'Aras). Anna und Elisabeth (Lertha Thiele und Dorothea Wiek).
- Miracles (100, rue Réaumur). Katharina von Rußland (Elisabeth Bergner, Doug. Fairbanks jun.). (Täglich 16 u. 21 Uhr; Sonnabends, Sonn- und Feiertags 14, 16.30, 21 Uhr.)
- Paramount (2, Bd. des Capucines). Les Misérables. Tageskino von 9.30 bis 2 Uhr morgens.) Bühnenschau.
- Panthéon-Cinema (13, rue Victor-Cousin). Brennendes Geheimnis (Willy Forst, nach Stefan Zweigs Novelle), deutsche Originalfassung.
- Raspail 216. The Silver Cord (I. Dunne). Täglich 14.30, 16.30, 20.30, 22.30 Uhr.)
- Studio Universel (31, av. de l'Opéra). Torch Singer (Chanteknische Originalfassung mit französischen Untertiteln). (Tägl. 14.30, 19, 21.15; Sonnt. u. Figs. 14.20, 20.15.)
- Studio Etoile (14, rue Troyon). Symphonie inachevée (Leise flehen meine Lieder). Deutsche Originalfassung. (Tägl. von 14.30 bis 19 Uhr; 21 Uhr.)
- Studio 28 (10, rue Tholozé). International House. (Tägl. von 15 bis 21; Sonntags ununterbrochen von 15 bis 19 Uhr.)
- Studio Universel (31, av. de l'Opéra). Torch Singer (Chanteknise de Cabaret) mit Claudette Colbert. Täglich von 14 bis 20 Uhr; Abendvorstellung 21 Uhr.)
- Ursulines (10, rue Ursulines). La rue sans nom, mit Gabriel Gabrio und Const. Rémy; Von Wilson bis Roosevelt (ein Rückblick auf die Geschichte Amerikas). (Täglich 15, 21; Sbd., u. Sonnt. 14.30, 17.)
- Washington-Magellan (14, rue Magellan). Mad Age (Big Money), französische Untertitel. (Ununterbrochen v. 14.30 bis Mitternacht.)
- Washington-Club (14, rue Magellan). Three cornered moon (Claudette Colbert). Mardi, jeudi, samedi, dimanche, 3 et 9.30 (Sous-titres français).

BRIEFKASTEN

SPD, Gruppe Paris. Wir empfinden es dankbar, daß Ihr unsere Bemerkungen nicht trumm genommen, sondern so kameradschaftlich verstanden habt, wie sie gemeint waren. Den Schlußsatz „Positive Stellungnahme zum Programm folgt“, glauben wir nur an unsere Adresse gerichtet. Wir sind viel harmloser, als manche Leute meinen. Onze 14 Punkte drucken wir dieser Tage informativ ab. Auf die Frage seid Ihr ja nicht nur zu sprechen, aber Briefe vom 15. Juli 1933 sollten Ihr nicht mehr zum Beweis anführen. Das ist eine Unwissenheit der. Wie nehmen an, daß der Briefschreiber jetzt anders formulieren würde. Wir nehmen an... Der Gerechtigkeit halber wollen wir darauf aufmerksam, daß der SP. in seinen Organen doch auch recht schwarz kritische Stimmen zu Worte kommen läßt. So in der jüngsten Ausgabe des „Neuen Vorwärts“ Siegfried Kaufhäuser. Auch wir werden diesen Aufsatz bringen. Ihr müßt aber verstehen, daß der Ausdruck innerer Parteigegegensätze nicht zu den Aufgaben der „Deutschen Freiheit“ gehört. Unsere Arbeit geht über die Parteigrenze hinaus.

Freie, Eugenburg. Ihr Gedicht ist hübsch — aber es ist das Verunsicherung, das den österreichischen Kämpfern gemeldet ist. Es geht also nicht. Wir freuen uns, daß Sie schon im voraus „nicht böse“ sind.

Für den Gesamtabdruck verantwortlich: Johann Pils in Düsseldorf; für Inzerate: Otto Kubin in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5, — Schließfach 776 Saarbrücken.